

Schulzeitung.

Pädagogische Wochenschrift.

Organ des Schlesischen Lehrervereins, des Pestalozzi-Vereins für die Provinz Schlesien sowie
des Schlesischen Turnlehrer-Vereins und des Schlesischen Lehrervereins für Naturkunde.

No. 40.

Breslau, den 1. Oktober 1908.

37. Jahrgang.

Inhalt: Der Volksschullehrer und die Stände. — Europas Lehrer. — Zentral-Militär-Darlehnskasse. — Aufklärungsarbeit. — Hinzpeters pädagogische Bedeutung. — Die Volksschule in Oberschlesien. — Wochenschau. — Mitteilungen. — Amtliches. — Vereinsnachrichten. — Rezension. — Vakanzen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Der Volksschullehrer und die Stände.

Von Edmund Leupolt in Dresden.

Der deutsche Volksschullehrerstand umfaßt heute 120 000 Mitglieder. Er ist zweifellos ein wirtschaftlicher Faktor ersten Ranges. Daß er aber auch ein Kulturfaktor von höchster Bedeutung ist, bezeugt wohl allein die Tatsache, daß 95 % der Deutschen ihre gesamte Ausbildung durch die Volksschule erhalten. Allerdings sind diese verschiedenen Seiten seiner Stellung im Volksleben an sich nicht gleichartig, nicht gleichartig auch der Öffentlichkeit, dem Publikum gegenüber. Immer noch sind die Grundpfeiler des öffentlichen Ansehens Besitz, Bildung und Rang, und von keinem hat der Lehrerstand etwas oder das richtige. Glänzende wissenschaftliche Vertreter, Plutokraten und durch Geschichte geheiligte, unsterblich gemachte Namen gibt es nicht in seinen Reihen. Die großen Pädagogen sind alle erst spät und auch nur offiziell einigermaßen geschätzt worden, als man keine persönlichen Verpflichtungen mehr erfüllen brauchte. Zwar schätzen der Kulturhistoriker, der Soziologe, der sozial-hygienisch wirkende Arzt u. a. die Lehrertätigkeit. Aber diese Schätzungen sind meist in Fachzeitschriften niedergelegt, die die breite Öffentlichkeit nicht kennt. Nimmt man es genau, könnte man auch eine verschiedene Wertung des Lehrerstandes in Stadt und Land feststellen, und zwar mit dem Ergebnis, daß die Stellung des Lehrers auf dem Lande in ein helleres Licht gerückt erscheint als in der Stadt: aber von einer allgemeinen Schätzung des Lehrerstandes kann zurzeit noch nicht die Rede sein. Damit treffe ich das Urteil vieler meines Standes nicht. Viele Lehrer sehen nur den Fortschritt, den deutlichen Fortschritt seit 30 Jahren und vergleichen den Lehrer mit dem alten Schulmeister vergangener Jahrhunderte, um nur diesen Fortschritt stark zu sehen. Es leben noch viele in einer merkwürdigen Selbsttäuschung, in einer falschen Schätzung und Überschätzung des Standes. Sie meinen, ihre Anschauung sei auch die der anderen Stände, des Kaufmanns, des Technikers, des Offiziers, des Gelehrten, des Arztes, des Industriellen, des Arbeiters, des Handwerkers, des Beamten. Jeder Stand hat seine Geschichte. Jeder Stand sieht im Lichte seiner historischen Entwicklung die Umwelt. Jeder Stand hat sein Klassenbewußtsein, seinen Standesegoismus. Aber in seiner ausgeprägten Form wird dieser Klassenegoismus leicht ungerecht gegen andere, für den Volkskörper ebenfalls wertvolle Mächte. Freilich erklärt sich dieser Mangel an Einsicht durch die Schwierigkeit, das tausendfältig zerrissene soziale Leben zu überschauen, selbst gruppieren zu können, in seinen wesentlichen Faktoren zu verstehen. Auch die einzelnen Stände sind ins Riesenhafte gewachsen; ihre vielgestaltige Gruppierung erschwert den Überblick ungeheuer. Dazu fällt die Tätigkeit des Volks-

schullehrers in die frühe Kindheit, wo zwar die Eindrücke am besten haften, wo aber auch das Urteil über den Wert des Unterrichts am schwächsten entwickelt ist. Die höheren Stände kennen großenteils den Volksschullehrer in seiner Arbeit nicht. Die Volksschule besuchten sie 4 Jahre lang oder gar nicht. Auf Grund einer Prüfung gingen sie auf die höhere Schule. Die Volksschule leistet für diese Kreise nur die Vorschulbildung für die höhere Schule und erfüllt damit ihre Schuldigkeit, die höhere Schule aber gibt die Berechtigungsscheine für die spätere Berufsbildung: wie wertvoll muß die dem erscheinen, der seinen Blick nicht weiter schweifen läßt in die große dämmerige Raumwelt unseres gesamten Bildungswesens!

Nach diesen Vorbemerkungen will ich versuchen die Stellung der Stände zum Volksschullehrer im Einzelnen zu skizzieren.

Der Offizier schätzt den Volksschullehrer im allgemeinen nicht niedrig ein, soweit es seine standespolitische Eingenommenheit zuläßt. Der Politiker, auf welchem Standpunkte er auch stehen möge, rechnet mit der ungeheuren Macht, die in den Händen des Volksschullehrers liegt, und stellt ihn als eine außerordentlich wertvolle Ziffer in sein Rechenexempel ein. Äußerungen der Politiker dem Volksschullehrer gegenüber sind meist vorsichtig. Starke Anfeindungen erfährt er nur von den Vertretern der extremen Parteien, den Konservativen des Reichsbotsen und der Kreuzzeitung, die ihn als Halbrevolutionär und Umstürzler zeichnen, und den Sozialdemokraten. Hochschullehrer und Künstler sehen in dem Lehrer einen Bundesgenossen in dem Kampfe um die Erweiterung, Vertiefung der Allgemeinbildung der Menschheit. Daß dieser Satz freilich cum grano salis zu verstehen ist, will ich vorsichtigerweise hinzufügen. Die zünftigen Gelehrten wollen von dem Volksschullehrer wenig wissen. Alle die, die über ihrer Bücherweisheit die Lebensweisheit vergessen und den Blick nur rückwärts in die bunten Zeiten längstverrauschter Geschichte richten, die sich einkapseln, auch dem sozialen Fortschritt gegenüber, gehören hierher. Für sie existiert der Volksschullehrer nicht. Sie verstehen den Greifswalder Universitätsrektor nicht, der eine Vereinigung aller Lehrer von der Hochschule bis zur Volksschule anstrebt. Für viele dieser Herren ist und bleibt der Volksschullehrer der halbgebildete Literat und Einmaleinsdriller, der nahe bei Freigeistern und atheistischen Schwärmern steht und in zügelloser Begehrlichkeit die „Ideale“ des deutschen Volkes schnöde verleugnet und die Ewigkeitsdogmen preußischer Gymnasial- und Kirchenpolitik verlacht.

Bleiben der Kaufmann, der Industrielle, der Techniker, der Baumeister, der Beamte, der Handwerker, der Arbeiter, der Jurist, der Geistliche. Ihr Urteil ist verschieden je nach ihrer sozialen Entfernung vom Lehrerstande.

Der Gelehrte, der sich auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik geworfen hat, wie der Arzt, der sich für die Schulgesundheitspflege interessiert, wie der Ästhetiker und Künstler, die in der Volksschule ein wertvolles Mittel der künftigen künstlerischen Emporhebung der Menschheit sehen, geben ihm als wertvollem und unentbehrlichem Mitstreiter die Hand.

Am nächsten steht uns der Arbeiter, der in seinen intelligenten höheren Gruppen die Volksschularbeit schätzt, aber sein Urteil dadurch trübt, daß er immer wieder der Volksschule die Schuld für die Mängel zuschiebt, die unser Unterricht zweifellos noch hat; daß er Person und Sache nicht immer zu trennen vermag. Der Volksschullehrer, der ein Träger der Bildung für das Volk ist, muß bei einem Stande hoch in Achtung stehen, der sein Ziel in der Emporhebung der Menschheit zu höheren Bildungs- und Kulturidealen weitesten Sinnes sucht. Dabei sind viele verwandte Züge bei Lehrer und Arbeiter leicht erkennbar. Beide durchglüht der gleiche starke Wissenstrieb und Wahrheitsdrang, beide die gleiche Begeisterung für den Fortschritt der Menschheit, beide entstammen den unteren Schichten unseres Volkes. Es ist nicht Zufall, daß manche sozialdemokratische Führer ehemalige Volksschullehrer sind. Die Arbeiter sind an der Volksschule eminent interessiert. Sie begehren einen rechten Ausbau an der Volksschule, der sie mit näher führen soll zu Völkerglück und allgemeiner Menschheitswohlfahrt, und begegnen sich hier mit dem Lehrer auf gleicher Straße.

Baumeister und Techniker stehen uns fremd gegenüber. Es gibt wenig Berührungspunkte zwischen ihnen und uns. Der fremde Bildungsgang wirkt auch hier entsprechend. Beide sind an der Volksschule kaum interessiert. Dagegen laufen viele Verbindungsfäden von dem Arbeitsgebiet des Industriellen und des Kaufmanns überhaupt zur Volksschule herüber. Die Leistung der Volksschule ist außerordentlich wichtig für den Kaufmann. Sein Personal ist größtenteils mit Volksschulbildung ausgerüstet. Dabei ist das stärkere Interesse beim Industriellen erkennbar. Den Kaufmann schlechthin interessiert mehr als die Volksschule die Handelsschule, die seinen Gehilfen heranbildet. Der einsichtige Industrielle aber weiß, was intelligente Arbeiter, geschickte Zeichner bedeuten. Ein treffliches Verhältnis zwischen Fabrikanten und Volksschullehrer besteht manchen Orts.

Zwischen mittleren Beamten und Volksschullehrern besteht eine engere Verbindung nicht. Zwar sind beide vielfach untereinander verschwistert und verschwägert; stammen sie doch beide aus der derselben Untermittelschicht des kleinen Mannes. Aber innerlich sind beide Berufsklassen einander ziemlich fremd. Der Volksschullehrer hat einen leichten Ärger, wenn er sieht, wie Beamte, welche keinerlei höhere Volksschulbildung genossen haben, dasselbe oder meist mehr Gehalt beziehen als er. Die Beamten hinwiederum sehen in dem Berufe des Volksschullehrers ein elementares leichtes Amt. Kinder drillen — du lieber Gott — das Einmaleins den Leutchen einzublauen — was gehört dazu besondere Vorbildung und Bezahlung! Diesen Standpunkt des Gevatters Handschuhmacher teilen auch manche Beamte, vergleichen ihr Einkommen, was bei saurer Bureauarbeit verdient wird, kritisch mit dem Gehalt des Volksschullehrers, der täglich nur ein paar Stunden arbeitet und im Jahre zehn lange Ferienwochen genießt. Kurz: ein wenig Rivalität und ein bißchen Neid und ein bißchen Unverstand. Und dazu kommt der leidige Beamtendünkel, der auf ähnlichem Boden erwächst wie der Schulmeisterhochmut. Der Beamte, hinter dem der Riesenschatten des Staates, der staatlichen Autorität steht, fühlt sich als Vollstrecker des Willens dieses Kolosses ungemein geschmeichelt; mitleidig schaut er auf das sich am Schalter drängende Publikum herab, dessen Unbeholfenheit und heilige Scheu vor St. Bureaumatius und Staat und Polizei er täglich registrieren kann. Und wie kein Pfäfflein so klein, es dünkt sich wohl ein Päpstelein, so ist auch kein Beamter so klein, daß er sich nicht hoch erhaben deuchte über die gewöhnlichen Sterblichen. Dazu kommt jener, kleinliche pedantische, alles registrierende

und katologisierende Bureaugeist, der nun einmal in allen Schreibstuben vorkommt, und von dem sogar der Volksschullehrer besessen ist. Er fälscht allzuleicht das unbefangene Urteil. Summa Summarum: das Verhältnis zwischen Volksschullehrer und mittlerem Beamten ist kühl und nüchtern. Man deutet bei Gehaltspetitionen jedesmal auf die hohe Skala des anderen und erbittet sich wohl auch die freundnachbarliche Unterstützung durch Übergabe von Gehaltstabellen und -staffeln, hält wohl auch in Vereinen Festbesoldeter gut zusammen, weil man wohl erwägt, wie wertvoll das Zusammenhalten sozial ungefähr gleichberechtigter Kategorien ist, aber im übrigen besteht keine herzliche Sympathie.

Vom höheren Kollegen und seinem Verhältnis zum Volksschullehrer gilt modifiziert der Satz, daß sich das Urteil über den Volksschullehrer in demselben Maße wandelt, in dem der Urteilende von der Schule wegrückt. Ein freundliches Blatt in der neueren Schulgeschichte ist die Wertschätzung der Volksschule durch die Männer der Universität. Universitätslehrer haben den Protest gegen das preußische Schulunterhaltungsgesetz unterzeichnet. Universitätslehrer hielten auf der Münchener und Dortmunder Versammlung einen Hauptvortrag. Ein Universitätsrektor machte den Versuch, die Interessengemeinschaft aller Lehrer ad oculo zu demonstrieren. Die Gymnasial-, Realgymnasial- und Realschullehrer bleiben uns dagegen fern und beweisen damit bloß, wie verständnislos und indifferent sie der großen Schulfrage, die die Frage der Zukunft ist, gegenüberstehen. Die Führerinnen der Frauenbewegung aber verlieren sich in dem speziellen Kampfe um die höhere Mädchenschule. Wie innig das Verhältnis zwischen uns und jenen Herren ist, zeigt wohl der Streit um den „Oberlehrer“ und die merkwürdigen Vorschläge, für diesen entwerteten Titel einen neuen nicht mißbrauchten zu schaffen. So stritten sich 1681 die Mitglieder des deutschen Reichstages in Regensburg über die Sesselfrage. Die Oberlehrer sehen aus ihren Schulbüchern nicht heraus. Viele der Herren schneiden den Volksschullehrer in mehr oder weniger feiner Form. Dabei zürnen sie meist dem, der es mit den Volksschullehrern gut meint. Siehe Gurlitt. Ich erinnere weiter an die Stellung des Fachlehrers an der höheren Schule.

Aller Fortschritt auf dem Gebiete der Schule ist ohne jene Herren vor sich gegangen. In der Kunstfrage, in der Jugendschriftenfrage und auf dem Gebiete der Hygiene arbeiten die Volksschullehrer längst mit heißem Eifer und bestem Erfolge; die Herren von der anderen Seite tun nicht mit. Die Fragen der Einheitsschule, der Fürsorge für die Jugend, der Gerichtshöfe für Jugendliche, der bedingten Verurteilung und dergl. sind durch Männer der Volksschule erörtert und zum Teil in blühendes Leben umgesetzt worden. Der Volksschullehrer arbeitet am Wege, inmitten des brausenden Lebens, voll Lebenskraft und idealistischem Eifer. Jene Männer sitzen abseits im dämmrigen Dunkel ihrer Lyceen und lassen das Leben draußen vorüberrauschen und befruchten mit dem Geiste der Antike ihre Schüler. Wollte man den Vergleich der Autorität beider auf dem Gesamtgebiete des sozial-kulturellen Lebens anstellen, er fiel für die höheren Lehrer vernichtend aus. Die pädagogische Presse des Fortschritts wird von Volksschullehrern redigiert, und kümmerlich halten sich daneben die unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Blätter für den höheren Lehrerstand. Zeigt dieser kurze Ausblick den starken inneren Gegensatz zwischen beiden Lehrerkategorien, so erklärt er eben dadurch das feindselig kühle Verhältnis beider zueinander. Es ist ja auch so echt deutsch, immer neue Stufen und Stüfchen zu bilden, sich ja nicht zu berühren mit sozial Tieferstehenden. Derselbe Geist, den manche Beamtengruppen zeigen, prägt dem Verkehr des höheren deutschen Lehrers mit dem Volksschullehrer, wenn er notgedrungen stattfinden muß, seinen Stempel auf.

Und nun zum Mittelstand, dem viel umstrittenen, den alle politischen Parteien für sich reklamieren und dessen Definition schon aus dem Grunde nicht erschöpfend gegeben werden kann, weil die Schichten des Mittelstandes in fortwährender

Neubildung und ewigem Fluß sich befinden. Auch hier ist, — das sei zunächst festgestellt — ein Gegensatz nicht zu verschleiern. Im Grunde besteht eine innerliche Abneigung zwischen dem Manne der Werkstatt und dem der Schreibearbeit, der alte Gegensatz zwischen Handwerker und Beamten. Ich erinnere zur Illustrierung an die bekannte Antipathie des Mannes der „schwierigen Faust“ gegen den Akademiker, die bei den Sozialdemokraten neuerdings vielfach zu beobachten gewesen ist. Neuerdings, so auch beim Handwerker. Erst die neuerliche Entwicklung hat diesen Gegensatz in die Erscheinung treten lassen. Der Beamtenstab hat ungeheuer zugenommen, die Lage des Handwerkers hat sich vielfach verschlechtert. Auch beim Handwerker sind auf Jahre eines sicheren, steigenden Geschäftsgewinns Zeiten gekommen, da er vorzüglich rechnen und buchen und kalkulieren muß, will er seinen Platz im sozialen Leben behaupten. In eben demselben Maße aber, als er seine soziale Bedeutung sinken, seine Arbeit vom Arbeitsmarkte durch die gewaltige Entwicklung der Industrie zurückgedrängt sah, stellte sich das Los des Beamten scheinbar immer günstiger. So entstand eine soziale Antipathie, die, oft unbewußt, doch auch in unseren Tagen immer stärker wirkt und Beamte und Lehrer gleichermaßen trifft. Politische Motive treten hinzu. Der Lehrer erscheint im allgemeinen liberal, das Handwerkertum der Großstädte aber entwickelte sich mehr und mehr zu einer konservativen Kerntruppe und hat seine liberale Vergangenheit meist vergessen. Zwar hat die Erkenntnis, daß gute Schulbildung vor allem dem Nachwuchs des Handwerks nottue, eine Annäherung zwischen Handwerk und Lehrerschaft begünstigt. Es herrscht in vielen Orten seit Gründung der Handwerkerfachschulen und -innungsschulen ein gutes Verhältnis zwischen Meister und Lehrer, und Meisterkurse, von Lehrern geleitet, sind entstanden, um die kaufmännische Bildung des einfachen Handwerkers zu vertiefen. Aber das sind im Grunde Teilfreundschaften, die auf die Haltung des ganzen Standes zum Lehrer- und Beamtentum ohne starken Einfluß sind. Endlich ein Wort über den Bauernstand.

Bauernstand und Lehrerstand — beide schwer miteinander zu vergleichen. Sie sind nicht miteinander groß geworden. Der Volksschullehrerstand ist sehr jung, jener so alt wie die Menschheit. Der Bauer konservativ — der Lehrer liberal. Der Bauer langsam, bodenständig, allen Neuerungen gegenüber feindlich oder mißtrauisch, der Lehrer leicht begeistert, für den Fortschritt entflammt. Der Bauer sieht rückwärts in die Vergangenheit, der Lehrer vorwärts in die Zukunft. In den Augen des Bauern, der Grundbesitz und ein solides Stück Geld hoch einschätzt, hat der schlecht besoldete Lehrer keine beneidenswerte Stellung. Für den Wert einer intensiven Volksbildung fehlt vielen Bauern das rechte Verständnis; die Not der Zeit hat sie zu diesem Schluß noch nicht geführt. Gründe genug, um ein warmes Verhältnis zwischen beiden Ständen nicht entstehen zu lassen. Eine Gebefreudigkeit für Volksschule und Lehrer zeigen wenige Bauerngemeinden, und schon mancher Schulinspektor hat mit den harten Köpfen der bäuerlichen Schulvorstände unliebsame Zusammenstöße gehabt.

Alle diese Stände in ihrer farbigen Anordnung bilden die Welt, in der der Lehrer steht, und seine Aufgabe ist es, mit ihr vertraut zu werden, Weltkenntnis zu gewinnen oder die gewonnene zu bereichern, Distanz zu gewinnen suchen mit den Ständen, deren Gesamtheit doch das Volk ist, für das gerade der Lehrer wirkt; sie aber auch zu interessieren für die Aufgabe der Schule, des Volksschullehrers, pädagogische Einsicht zu vermitteln, zu pflegen, und die Autorität der Volksschule kräftig zu fördern. Der Lehrer muß den Ständen näher kommen.

Eine wirksames Mittel dazu ist der Umgang. Eine alte Forderung, von vielen Einsichtigen bereits erhoben. Nichts verengt den Blick mehr, macht die Anschauungen versteinern als der stete Umgang mit Männern gleicher sozialer Stufe, gleicher Bildung und gleichem Lebenshorizont. Man schiebt nicht mit Unrecht ein gut Teil der Entfremdung unserer Juristen vom Volksempfinden ihrem exklusiven Verkehr zu. Es

gibt Lehrer, die nur im Kreise von Kollegen verkehren; sobald sie mit Gliedern einer anderen Gesellschaftsgruppe oder Berufssphäre zusammenkommen, legt es sich wie ein Alp auf ihre Brust, sind sie befangen. Die Unterhaltung schleppt sich mühsam fort und gequält. Sie atmen auf, wenn sie im Kreise von Nurkollegen traulich beisammen sitzen. Das ist erklärlich. Gleiche Anschauungen, gleiche Lebensverhältnisse, gleiches Herkommen, gleiche Formen machen das Zusammensein bequem. Es ist derselbe Standpunkt, auf dem der einfache Bauer steht, wenn er am liebsten unter seinesgleichen weilt und im Verkehr mit anderen stumpf, gleichgültig, hölzern und verlegen wird. Derselbe Standpunkt, den mancher Junge unbewußt einnimmt, wenn er dem Lehrer gegenüber vollständig versagt, aber auf dem Schulhofe und der Straße der Wortführer lautester ist. Mag man entschuldigend anführen die Seminarerziehung, das Moment weltfremden Schuldienstes hinter hohen Mauern, die halb-bureaukratische Stellung des heutigen Volksschullehrers. Dennoch halte ich es für den größten Fehler, den der Lehrerstand in der Gegenwart noch macht. Weltfremde Zurückgezogenheit und kleinbürgerlich-bäuerliches Insichselbstgenusseinwillen passen schlecht zu einer Zeit, die das Faustrecht des raschdenkenden, vielgewandten, tapfer zum Ziele schreitenden, energischen Mannes proklamiert hat.

(Schluß folgt.)

Europas Lehrer.

Die in einzelnen europäischen Staaten bestehenden Lehrerverbände haben sich zu einem internationalen Bureau zusammengeschlossen. Dieser nunmehr seit drei Jahren bestehenden Vereinigung, die ihre diesjährige Hauptversammlung in London abhielt und im nächsten Jahre in Prag tagen wird, gehören außer dem am 1. Januar 1909 mit seinen 116 000 Mitgliedern zutretenden Deutschen Lehrerverein an der Englische Lehrerverein mit 61 000 Mitgliedern, der Böhmisches mit 8 000, der Bulgarische mit 4 000, der Bund der niederländischen Lehrer mit 8 000 und die niederländische Lehrergenossenschaft mit 8 000, der Französische Lehrerverein mit 60 000, der Luxemburger Lehrerverein mit 1 500 und der Belgische mit 6 500 Mitgliedern. Es sind in diesem Bureau also bereits 273 000 Lehrer zusammengeschlossen; außerdem haben ihren Beitritt und ihre Zustimmung bezw. Unterstützung der Arbeiten des Bureaus in Aussicht gestellt der Italienische, Norwegische, Dänische, Spanische, Polnische, Schweizerische, Ungarische und Kroatisch-Slawonische Lehrerverein.

In dem Jahresbericht des Bureaus werden die hauptsächlichsten Begebenheiten im Schul- und Lehrleben der einzelnen Länder hervorgehoben. In unserer schulpolitisch außerordentlich interessierten Zeit dürfen sie nicht unbeachtet bleiben. In Deutschland sind ja die wichtigsten Ereignisse durch die Tages- und Fachpresse genugsam bekannt; wir übergehen sie darum.

Der Englische Lehrerverein hat sich besonders mit der Revision des Schulgesetzes beschäftigt. In England gibt es zwei Arten von Schulen, die board-schools und die voluntary-schools. Jene sind vom Staate oder von der Gemeinde eingerichtet, diese von einzelnen religiösen Gemeinschaften oder Sekten. Das Ziel des neuen Schulgesetzes ist die Schaffung einer einzigen Schulart, von der die religiöse Unterweisung im Sinne der Sekten oder Sonderkirchen ausgeschlossen ist, und in denen das religiöse Bekenntnis der Lehrenden ohne gesetzlichen Einfluß auf ihre Anstellung ist. Diese Schulen sollen allen Kindern zugänglich sein. Die voluntary-schools können daneben ohne Staatsaufsicht bestehen bleiben, erhalten aber keine staatliche Unterstützung mehr. Der Lehrerverein bekämpft diesen Plan, da er fürchtet, daß dann eine große Zahl von Schulen nach diesem Muster eingerichtet wird, die wahrscheinlich nach ihrer äußeren und inneren Organisation viel zu wünschen übrig lassen. Er kämpft ferner gegen die Überfüllung der Klassen, die zum Teil 60—80 Schüler enthalten. Als Maximalzahl für eine Klasse soll die Zahl 40 gelten. Ferner erstreben die

englischen Lehrer eine Erhöhung ihrer Gehälter und eine strengere Anwendung des Gesetzes über den obligatorischen Unterricht.

Der Belgische Lehrerverein hat sein Augenmerk auf eine Revision des Lehrerspensionsgesetzes gerichtet. Er tritt weiter im Gegensatz zu den Klerikalen für die Laienschule ein, die allen Kindern des Volkes zugänglich ist ohne Rücksicht auf die religiösen und politischen Weltanschauungen der Eltern.

Der Bulgarische Lehrerverein hat eine schwere Zeit des Kampfes gegen reaktionäre Bestrebungen und Verfolgungen hinter sich. Sein schnelles Wachstum ließ ihn in den Augen der Regierung als gefährlich erscheinen. Es wurden zwei Gesetze eingebracht, welche den Lehrerverein verboten und die Lehrer von jeder Beteiligung an den politischen Angelegenheiten ausschlossen. Gegen diese Herausforderung der Reaktion traten die Lehrer in den Kampf. Sie hielten eine große Versammlung ab, in der die Nichtbefolgung dieser Gesetze beschlossen wurde. Daraufhin entsetzte die Regierung zwar die Delegierten dieser Versammlung, 500 an der Zahl, ihrer Ämter, aber sie wagte nicht, den Verein aufzulösen. Im Januar 1908 wurde aber die freiheitliche Bewegung Herr über die reaktionäre Regierung, und die neue Regierung stellte sich wohlwollend zu dem Lehrerverein. Die abgesetzten Lehrer wurden wieder in ihre Rechte eingesetzt und die Gesetze über das Vereinsrecht revidiert.

In Italien geht die Entwicklung der Schulverhältnisse nur sehr langsam vor sich. Trotzdem die Lehrergehälter im Minimum von 560 auf 750 Francs und im Maximum von 1350 auf 1500 Francs erhöht sind und im nächsten Jahre eine kleine Steigerung von 100 Francs eintreten soll, bleiben sie Hungergehälter.

In Frankreich tritt der Verein der Amicalen, der die weltlichen nicht unter kirchlicher Aufsicht stehenden Lehrer und Lehrerinnen umfaßt, für die Förderung der materiellen und moralischen Interessen der Lehrenden ein. Es ist eine Aufbesserung der Gehälter und ein schnelleres Aufrücken erreicht worden. Weiter fordert der Verein seit einigen Jahren für jede Schule die Einsetzung einer aus Lehrer und Lehrerinnen bestehenden Schulkommission, welche an der Schulverwaltung beteiligt ist und deren Befugnisse sich auf die Disziplin, die Stoffverteilung, die Wahl der Bücher, die Nebenbeschäftigungen erstrecken. Eine ministerielle Anordnung schreibt die Einrichtung solcher Schulkommissionen jetzt vor, wenn auch noch mit beschränkten Befugnissen; erfreulich aber ist, daß das Prinzip Anerkennung gefunden hat.

Der Dänische Lehrerverein erstrebte durch seine Tätigkeit eine Besserung der Lehrerbildung, Regelung der Schulaufsicht und Erhöhung der Gehälter. Der letzte Punkt hat eine günstige Erledigung gefunden; denn durch die Unterrichtsminister sind die Gehälter um mehr als 25 Prozent aufgebessert worden. Auch die niederländischen Lehrer haben sich hauptsächlich mit Gehaltsfragen und Verbesserung der Stellung der Unterlehrer beschäftigt.

Wohin man schaut, überall dasselbe Bild: die Lehrerschaft im Kampf! Sie muß kämpfen um ihr Brot, um ihre Freiheit und die Freiheit der Schule gegenüber dem Ansturm der Reaktion in Politik und Kirche, um gerechte Würdigung und Einschätzung ihrer Arbeit, um ihre Ehre.

Schulbl. der Prov. Sachsen.

Zentral-Militär-Darlehnskasse.

Nachdem die Konkursöffnung am 3. September im Amtsblatt des Konkursrichters, dem „Deutschen Reichsanzeiger“, erfolgt ist, sind die Konkursforderungen bis zum 12. Oktober beim Amtsgericht Berlin-Mitte, Neue Friedrichstraße 13/14, Abteilung 81, anzumelden. Es ist nötig, daß alle Interessenten ihre Forderungen umgehend anmelden, z. B. nach folgendem Formular:

An das Königliche Amtsgericht Berlin-Mitte,
Neue Friedrichstraße 13/14.

Die Zentral-Militär-Darlehnskasse für Lehrer, Aktiengesellschaft, Berlin C 25, Alexanderstraße 39/40, schuldet mir laut beifolgenden Papieren die Summe von — *M.*

Ich melde diesen Betrag zum Konkurs der vorgenannten Darlehnskasse zur nicht bevorrechtigten Befriedigung hiermit an.

X, den September 1908.

N. N. Lehrer.

Der verspätet auftretende Gläubiger setzt sich der Gefahr aus, daß von dem Verwalter oder einem Konkursgläubiger gegen die Prüfung der fraglichen Forderungen Widerspruch erhoben wird. Tritt dieser Fall ein, so ist die Forderung auf Kosten des Säumigen in einem besonderen Termin zu prüfen. Darum verabsäume niemand die festgesetzte Frist. In dem vom Gericht auf den 9. November anberaumten Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen werden die angemeldeten Forderungen ihrem Betrag und Vorrecht nach einzeln erörtert, und das Ergebnis wird in die Konkurstabelle eingetragen. Eine Forderung gilt dann als festgestellt, wenn gegen sie im Prüfungstermin ein Widerspruch weder von dem Verwalter noch von einem Konkursgläubiger erhoben wird.

Zur Beschlußfassung 1) über die Beibehaltung des vom Gericht ernannten und unter Aufsicht des Gerichts unterstehenden Konkursverwalters Fischer, Berlin SW 29, Bergmannstraße 109, oder 2) über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie 3) über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und 4) eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am 1. Oktober, vormittags 10 Uhr, Termin vor obengenanntem Gericht, Zimmer 102/104, festgesetzt. Auch in diesem Termin müssen die Gläubiger ihre Rechte wahren. In dieser ersten Gläubigerversammlung ist vom Verwalter, der in seiner Tätigkeit, wie wir bereits meldeten, von der Siebener-Kommission unterstützt wird, über die Entstehung der Zahlungsunfähigkeit, über die Lage der Sache und die bisher getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten. Die erste Gläubiger-Versammlung hat auch zu beschließen über die eventuelle Wahl eines anderen Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses, sowie über die Hinterlegungsstelle für die Gelder der Masse. Außerdem beschließt die Versammlung darüber, in welcher Weise und in welchen Zeiträumen der Verwalter ihr oder einem Gläubigerausschuß über die Verwaltung der Verwertung der Masse Bericht erstatten und Rechnung legen soll. In welcher Weise der von den Gläubigern gewählte Gläubigerausschuß zusammenzusetzen ist, hat die erste Gläubiger-Versammlung ganz frei zu bestimmen. Sie ist weder bezüglich der Anzahl noch bezüglich der Auswahl der Mitglieder beschränkt. Um aber bei Beschlüssen des Gläubigerausschusses eine Mehrheit zu erzielen, ist es erforderlich, daß mindestens 3 Mitglieder gewählt werden. Vielleicht werden sich die Gläubiger in einer Versammlung über die Personenfrage einig. Der Konkursverwalter ist dazu berufen, an Stelle des Gemeinschuldners für die Gesamtheit der Konkursgläubiger die Masse zu verwalten, zu verwerten und zu verteilen. Er verwaltet das Amt selbständig und ist an Weisungen der einzelnen Konkursgläubiger nicht gebunden; er ist aber für die Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten allen Beteiligten verantwortlich. Sehr anerkennenswert ist die selbstlose Hilfsarbeit der Siebener-Kommission, die dem Verwalter zur Hand gehen will, um so viel als möglich bei dem Zusammenbruch zu retten. Manche Verluste sind unvermeidlich, z. B. die beiden III. Hypotheken auf die Häuser des Direktors a. D. Krause in Potsdam, Alte Luisenstraße 49 und 51, im Betrage von je 40000 *M.*, die vor etwa 14 Tagen beim Verkauf der Grundstücke bereits ausgefallen sind, da seitens des Konkursverwalters kein Gebot abgegeben werden durfte.

„Aufklärungs“-Arbeit.*)

Seit dem Bekanntwerden der von der Regierung ursprünglich geplanten Gesetzesvorlage herrscht in den Kreisen der Gleichstellungsfreunde ein reges Leben. Allwöchentlich finden, besonders in der Provinz Sachsen, Versammlungen statt, zu denen die Abgeordneten des betreffenden Wahlkreises eingeladen werden, und auf deren Tagesordnung meist das Thema steht: Die große Gefahr der Degradierung der Landschulen und ihrer Lehrer, und was hat die Vereinigung von Freunden der Gleichstellung zu tun, um diese Gefahr zu beseitigen.

Der Kampf gegen eine Gefahr, die nicht nur der Landschule und ihren Lehrern, sondern dem gesamten Lehrerstand und der ganzen preußischen Volksschule droht, ist an sich durchaus erfreulich. Wer jemals die Stellung des Landlehrers aus eigener Anschauung hat beobachten können, der weiß, daß die finanzielle Besserstellung des Landlehrers eine soziale Hebung des ganzen Standes bedeutet, die ihrerseits wieder eine notwendige Voraussetzung für die erstrebte Unabhängigmachung des Lehrerstandes bildet. Wem es mit diesem Ziele ernst ist, der muß darum ein Freund der Gleichstellung und ein Feind einer gesetzlich festgelegten Staffelung der Lehrergehälter sein. Es gibt daher nach meiner festen Überzeugung auch unter den städtischen Lehrern, die an den schulpolitischen Vorgängen und an den Arbeiten im Vereinsleben Anteil nehmen, keinen einzigen, der nicht die angeblich geplante Staffelung im Interesse des ganzen Standes verurteilt hätte.

In den oben erwähnten Versammlungen und in der Presse der Gleichstellungsfreunde hört und liest man's allerdings ganz anders. Hier wie dort protestiert man entschieden „gegen die Bestrebungen eines Teils der Lehrerschaft, die darauf hinauslaufen, eine Gehaltsbevorzugung der großstädtischen Lehrerschaft gesetzlich festzulegen“, und die ganze Arbeit in jenen Versammlungen läuft darauf hinaus, die Landkollegen und die Abgeordneten über diese Bestrebungen „aufzuklären“.

Es ist nicht uninteressant, die Herren einmal etwas genauer bei ihrer „Aufklärungs“-Arbeit zu beobachten, und die Grundlagen zu prüfen, auf denen sie stattfindet. Als man sich an gewisser Stelle entschloß, mit der stereotypen Resolution für den Antrag Arendt und mit dem Protest gegen die Bestrebungen eines Teils der Lehrerschaft im Lande umherzuziehen, da wußte man natürlich, daß alle denkenden Kollegen, denen man die Zustimmung zu diesem Protest zumutete, zunächst fragen würden: „Gibt es denn wirklich einen Teil der Lehrerschaft, dessen Bestrebungen darauf hinauslaufen, eine Gehaltsbevorzugung der großstädtischen Lehrerschaft gesetzlich festzulegen?“

Die Antwort darauf war bald gegeben. Der Magdeburger Lehrerverein hatte in seiner Sitzung am 30. April d. J. zum Antrag Arendt Stellung genommen und dabei einstimmig folgende, in No. 114 der „Preuß. Lehrer-Zeitung“ abgedruckte Resolution angenommen:

1. Der Magdeburger Lehrerverein steht auf dem Boden der Beschlüsse des IV. Preußischen Lehrertages und erstrebt für alle Lehrer gehaltliche Gleichstellung mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung.
2. Er kann sich daher mit den Beschlüssen der Unterrichtskommission (Antrag Arendt) nicht einverstanden erklären und muß jede Gleichstellung auf mittlern oder niedern Gehaltsätzen ablehnen, da eine solche Gleichstellung für die Volksschule und die Lehrerschaft verhängnisvoll werden würde.
3. Solange eine Gleichstellung mit den Verwaltungssekretären nicht erreicht ist, kann auch die Lehrerschaft auf die Anrechnung der vollen Mietsenschädigung bei der Pensionierung nicht verzichten.
4. Die Beschlüsse der Unterrichtskommission und die Kommissionsverhandlungen zeigen die Tendenz, einen Teil der Lehrerschaft, besonders die großstädtische, zu schädigen; und gegen solche Bestrebungen muß der Verein entschieden protestieren.

Diese Resolution bietet zwar nicht die geringste Veranlassung zu dem oben erwähnten Protest; denn sie fordert ausdrücklich, wie der IV. Preußische Lehrertag, für alle Lehrer gehaltliche Gleichstellung mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung, und jeder Kollege hätte bei aufmerksamer Prüfung der Resolution an der Hand der Verhandlungen und Beschlüsse der Unterrichtskommission finden müssen, daß der Magdeburger Lehrerverein sich mit diesen Beschlüssen darum nicht einverstanden erklären konnte, weil sie die Gefahr einer Gleichstellung auf mittlern oder niedern Gehaltsätzen in sich schließen. Daß aber eine derartige Gleichstellung im Sinne der Kommission lag, konnte demjenigen nicht zweifelhaft sein, dem bekannt war, daß die Kommission eine Gleichstellung auf der Grundlage der Beschlüsse des IV. Preußischen Lehrertages mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt hatte.

Hier mußte nun die „Aufklärung“ einsetzen. In No. 20 der „Neuen Päd. Ztg.“ vom 15. Mai verkündete Herr L. M., der mit

seinem gewöhnlichen, bürgerlichen Namen C. P. heißt, der sich aber auch zuweilen, wegen seines „offenen“ und mutigen Kampfes für Wahrheit und Recht U. H. (soll heißen Ulrich Hutten) nennt, in seinem Artikel: „Der Antrag Arendt und unsre großstädtischen Lehrer“ den Lesern jener Zeitung folgendes: Der Lehrerverein Magdeburg hat beschlossen: „Der Verein kann sich mit den Beschlüssen der Unterrichtskommission (Antrag Arendt) nicht einverstanden erklären und muß jede Gleichstellung auf mittlern oder niedern Gehaltsätzen ablehnen, da eine solche Gleichstellung für die Volksschule und die Lehrerschaft verhängnisvoll werden würde. Die Beschlüsse der Unterrichtskommission und die Kommissionsverhandlungen zeigen die Tendenz, einen Teil der Lehrerschaft, besonders die großstädtische, zu schädigen, und gegen solche Bestrebungen muß der Verein entschieden protestieren.“ Die vorgenommene Streichung wird mit keinem Worte angedeutet, und so kann der Verfasser, ohne unter den Lesern irgendwelchen Widerspruch zu befürchten, schreiben: „Der Lehrerverein Magdeburg hat in seiner letzten Sitzung schon Stellung gegen die Tendenz des Antrags Arendt genommen.“ Wenige Wochen später versendet der Lehrerverein Magdeburg-Umgegend ein Flugblatt an die einzelnen ländlichen und kleinstädtischen Zweigvereine mit der Aufforderung, sich durch Annahme der bekannten, schon in dem erwähnten Artikel vorgeschlagenen Resolution für den Antrag Arendt und gegen die Bestrebungen der großstädtischen Kollegen zu erklären, und auch dieses Anschreiben unterdrückt wesentlich den ersten, für die objektive Beurteilung der Bestrebungen der großstädtischen Lehrer wichtigsten Satz der Magdeburger Resolution.

Nach einer so sorgfältigen und vielversprechenden Vorbereitung kann man nun in den Versammlungen ohne Schwierigkeiten und mit großer Aussicht auf Erfolg weiter „aufklären“. Man argumentiert in allen diesen Versammlungen etwa so: Die Tendenz der Beschlüsse der Unterrichtskommission ist die Gleichstellung. Die großstädtischen Lehrervereine, allen voran Magdeburg, haben diese Beschlüsse angegriffen, weil die großstädtischen Lehrer die Gleichstellung nicht wollen. Wer aber die Gleichstellung nicht will, der will die gesetzlich festgelegte Staffelung der Lehrergehälter. Das sind die „wahren Bestrebungen eines Teiles der Lehrerschaft“, und gegen diese müssen wir entschieden protestieren. Das geschieht denn auch stets durch die Annahme der mitgebrachten, in No. 20 der „Neuen Päd. Ztg.“ der ganzen Monarchie empfohlenen Resolution.

Eine Majorität ist dieser Resolution stets sicher, selbst dann, wenn der Zweigverein, in dessen Gebiet man die Versammlung veranstaltet, einstimmig dagegen gestimmt hat. So faßte beispielsweise der Lehrerverein „An der obern Aller“, der nach dem letzten Jahresbericht aus 42 Mitgliedern besteht, am 15. August einstimmig folgenden Beschluß: „Der Lehrerverein »An der obern Aller« hält an den Beschlüssen des IV. Preußischen Lehrertages fest. Er bedauert das Vorgehen des Lehrervereins »Magdeburg-Umgegend«, das nur geeignet ist, Zwietracht in die Reihen der Lehrerschaft zu tragen und so dem Lehrervereinswesen schweren Schaden zuzufügen.“

Acht Tage später, am 22. August, fand in Eilsleben, dem größten Orte im Gebiete des genannten Vereins, eine von Freunden der Gleichstellung einberufene Versammlung statt, in der die Resolution zugunsten des Antrags Arendt nach dem Bericht der „Neuen Päd. Ztg.“ mit großer Mehrheit angenommen wurde. Dabei darf man mit Bestimmtheit annehmen, daß die Mitglieder des genannten Vereins nach wie vor auf ihrem am 15. August gekennzeichneten Standpunkt stehen. Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse in Gommern und Halberstadt. Wie kommen nun diese Beschlüsse zustande? Dafür bildet die Versammlung in Halberstadt ein sehr interessantes Beispiel. Aus der an die Abgeordneten für den Wahlkreis Halberstadt-Wernigerode-Oschersleben gerichteten Einladung geht hervor, daß man mit der Versammlung den Zweck verfolgt, die Abgeordneten über die Stellung der Lehrerschaft ihres Wahlkreises zur Besoldungsfrage zu informieren. Nun weiß man aber, daß zwei der größten Lehrervereine des Kreises, Halberstadt (129 Mitglieder) und Halberstadt-Land (53 Mitglieder) gegen die vorzuschlagende Resolution sind. Daher heißt es, vorsichtig zu Werke zu gehen. Es werden die eingetragenen „Freunde“ aus dem Wahlkreise durch Karte eingeladen. Die wenigen Kollegen, die auf Grund der Bekanntmachung in der „Neuen Päd. Ztg.“ die Versammlung etwa besuchen, obgleich sie nicht Mitglieder der Vereinigung sind, kann man auf diese Weise bequem als Eindringlinge behandeln, und ihnen nötigenfalls das Recht, an der Beratung und Abstimmung teilzunehmen, streitig machen. Für alle Fälle aber gilt es, für ausreichenden Zuzug aus benachbarten Wahlkreisen zu sorgen. Daher nehmen eine große Anzahl von Kollegen aus dem Kreise Wanzleben und viele Mitglieder des Vereins „Magdeburg-Umgegend“ an der Versammlung teil. Sie beteiligen sich auch an der Abstimmung, obgleich die Resolution lautet: „Die am 18. Juli in Halberstadt tagende Versammlung von Lehrern aus den Kreisen Halberstadt, Oschersleben und Wernigerode nimmt mit Genugtuung Kenntnis usw.“ Der Stab aus der Umgegend von Magdeburg erscheint auf allen Versammlungen und hat bereits mehr als ein halbes Dutzend Mal der Resolution durch seine Stimme zur Annahme verholfen. So werden die Abgeordneten über die Stimmung der Lehrer ihres Wahlkreises „aufgeklärt“.

*) Diesen anscheinend aus Vorstandskreisen stammenden Artikel der „Preuß. Lztg.“ bringen wir zur Rechtfertigung unserer abwehrenden Haltung.

Bei aller Freude über die Erfolge solcher „Aufklärung“ macht doch der Umstand noch immer einige Sorge, daß die vorgeschlagene Resolution niemals einstimmig, ja, manchmal sogar gegen eine bedeutende Minorität (Halberstadt 43 gegen 27 Stimmen, bei einer Teilnehmerzahl von etwa 150) angenommen wird. Es gibt eben auch auf dem Lande noch zu viele Kollegen, die trotz aller „Aufklärung“ treu und fest zum Ganzen halten. Daher klagt auch der Berichterstatter über die Versammlung in Eilsleben („Neue Päd. Ztg.“ No. 35): „Die Aufklärung muß leider da am eifrigsten betrieben werden, wo man es am wenigsten erwarten sollte, bei den materiell am schlechtesten gestellten Kollegen.“

Bei diesen Hartgesottenen muß man die „Aufklärung“ noch etwas intensiver betreiben, und auch hierfür haben findige Köpfe die rechten Mittel bereits gefunden. Vor kurzem erhielt der Vorsitzende des Magdeburger Lehrervereins von dem Vorsitzenden eines kleinern Zweigvereins die Mitteilung, daß von gewisser Seite unter den Mitgliedern seines Vereins die Nachricht verbreitet würde, der Magdeburger Lehrerverein hätte seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß die Stafflung der Lehrergehälter nicht gesetzlich festgelegt werden soll. Die planmäßige Verbreitung dieser Nachricht habe in dem betreffenden Zweigverein bereits große Verwirrung hervorgerufen und eine größere Anzahl solcher Kollegen, die bisher fest von der Loyalität des Magdeburger Lehrervereins überzeugt gewesen seien, veranlaßt, dem bekannten Protest gegen solche Bestrebungen ihre Zustimmung zu geben. Zwar konnte dem Kollegen sofort die telegraphische Nachricht gegeben werden: „Alles erlogen!“, und in seiner letzten Sitzung beschloß der Magdeburger Lehrerverein jenem schamlosen Treiben gegenüber öffentlich zu erklären: „Wie uns mitgeteilt wird, haben Gleichstellungsfreunde in unsrer Provinz die Nachricht verbreitet, der Magdeburger Lehrerverein hätte seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß die Stafflung der Lehrergehälter nicht gesetzlich festgelegt werden soll. Diese Behauptung ist völlig unwahr, und ihre Entstehung und Verbreitung zeugt von einer ganz unverantwortlichen Kampfweise. Zur Entkräftigung der erwähnten unwahren Behauptung veröffentlichen wir noch einmal unsre am 30. April d. J. gefaßte, in No. 114 der „Preuß. Lehrer-Ztg.“ bereits bekanntgegebene Resolution.“ (Siehe oben.)

Trotzdem wird eine derartig gewissenlos betriebene „Aufklärung“ ihre Wirkung auch weiterhin nicht verfehlen, wie sie in dem einen Falle bereits gewirkt hat. Es gibt zwar untrügliche Zeichen dafür, daß auch den in den Versammlungen anwesenden Landtagsabgeordneten die Art und Weise solcher „Aufklärungsarbeiten“ nicht verborgen bleibt. Das Urteil, das diese Herren, die vielleicht zum erstenmal in einer größern Versammlung von Lehrern sind, sich auf Grund ihrer Beobachtungen bilden, trifft dann leider den gesamten Lehrerstand. Und das ist aufs tiefste zu bedauern!

H. Diekmann.

Hinzpeters pädagogische Bedeutung.

In dem kürzlich bei Velhagen & Klasing hier erschienenen Jahresbericht des „Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg“ befindet sich auch eine kleine Skizze über die pädagogische Bedeutung Hinzpeters, des Erziehers unsers Kaisers. (Hinzpeter verlebte bekanntlich seine letzten Jahre hier in Bielefeld.) Einige Gedanken aus dem Bericht werden gewiß auch die Leser der „Schles. Schztg.“ interessieren. Über den Einfluß und die Methode, welche Hinzpeter beim Unterricht und bei der Erziehung des Kaisers angewandt hatte, läßt sich nichts berichten, da er sämtliche Notizen über diesen Gegenstand vor seinem Tode vernichtet hat. Bedeutungsvoll war auch Hinzpeters Einfluß bei der Umgestaltung des höhern Schulwesens. „Der Kaiser sah in der Reform des höhern Schulwesens eine der wichtigsten Aufgaben, welche der Regierung zufalle, und veranlaßte deshalb die Bildung einer Schulkommission, welche diese Vorschläge beraten sollte, und er machte Hinzpeter zu deren Vorsitzenden. Dadurch hatte Hinzpeter Gelegenheit gehabt, in weitgehender Weise für die Entwicklung unsers höhern Schulwesens zu sorgen und die Ideen des Kaisers zur Durchführung zu bringen. Aber leider war die Mehrheit der Kommission diesen Plänen ungünstig gestimmt und verstand sie nicht in ihrer weitgehenden Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Volkes. Hinzpeter selbst war Theologe und Altphilologe, der allerdings die Notwendigkeit eines bessern neusprachlichen Unterrichts anerkannte, aber er war sonst mit den Ideen des Kaisers in keiner Weise einverstanden, und er äußerte dies oft. Auf diese Weise hat der Kaiser seine Ideale nicht verwirklichen können, und Hinzpeter hat selbst wiederholt erzählt, daß der Kaiser gesagt habe: „Mit allen bin ich fertig geworden, nur nicht mit den Schulmeistern!“ — Von den Reformplänen des Kaisers ist, wie Hinzpeter selbst zugab, nur der eine völlig durchgeführt worden, daß sämtliche höhern Unterrichtsanstalten mit geringen Ausnahmen die Berechtigung zum Studium auf den Hochschulen gewähren.“ Eine vom Kaiser gewünschte Entlastung der Lehrpläne ist indes nicht erreicht worden, es sind vielmehr noch Stunden und neue Fächer hinzugekommen. Hinzpeter wollte auch von einer Überbürdung der höhern Schuljugend nichts wissen, und er konnte recht heftig werden, wenn Nervenkrankheiten, Blutarmut usw. auf Konto der Überbürdung gesetzt

wurde. — Über seine Stellung zur Volksschule heißt es in dem Bericht: „Für die Volksschule und deren Förderung hatte er das lebhafteste Interesse. Stundenlang konnte man mit ihm reden über die Volksschulfragen unsrer Zeit: Konfessionsschule, Simultanschule, Fachaufsicht, geistliche Schulaufsicht, Stellung der Direktoren und der Lehrer usw., ohne daß er müde wurde. Vor dem letzten Besuch des Kaisers hier in Bielefeld zur Enthüllung des Denkmals seines Großvaters verschaffte sich Hinzpeter mit vieler Mühe die statistischen Notizen über die Volksschulen des Regierungsbezirks Minden. Er meinte, wenn Seine Majestät hier ist, findet sich vielleicht Gelegenheit, die Sache der Volksschule und deren Förderung noch einmal zu berühren.“ — Ob sich diese Gelegenheit gefunden hat, entzieht sich unsrer Kenntnis.

Die Volksschule in Oberschlesien.

Der Herr Regierungspräsident von Oppeln hat in einem in der Öffentlichkeit viel beachteten Erlaß auf die mangelhafte Kenntnis der deutschen Sprache bei der heranwachsenden Jugend seines Bezirkes hingewiesen. Auch in der neuen und neuesten Geschichte zeige sich große Unkenntnis. Und nun soll, so wünscht er, die Fortbildungsschule einholen, was die Volksschule versäumt hat.

Und warum hat sie die Erfüllung dieser elementaren Forderungen versäumt? Ein Blick in die amtliche Statistik über das Volksschulwesen des Bezirkes läßt uns die Antwort sogleich finden. Zunächst war hier die äußere Not der Volksschule so groß, daß in den Landsschulen 258 Kinder und in den städtischen Volksschulen 66 Kinder trotz erreichter Schulpflicht wegen Platzmangel nicht aufgenommen werden konnten! Von den in ganz Preußen aus demselben Grunde vom Unterricht zurückgestellten 919 Kindern entfielen also allein auf den Bezirk Oppeln mehr als ein Drittel!

Dazu kommt die innere Not der Volksschule. In den Städten waren für 1380 Schulklassen nur 1367 Lehrstellen, auf dem Lande aber für 5143 Klassen nur 4396 Lehrerstellen vorhanden. Es fehlten demnach im Bezirk 760 Lehrerstellen, wenn man für jede Klasse, was doch am Ende nicht unbescheiden ist, einen Lehrer fordert. Dabei sind aber die wegen des Lehrermangels unbesetzten Stellen nicht mit eingerechnet. Bringt man sie in Abzug, so wird die Differenz natürlich noch weit größer. Waren doch im Jahre 1906 im Bezirk Oppeln allein 293 Stellen unbesetzt. In keinem andern Regierungsbezirk Preußens war diese Zahl so hoch, denn auf Oppeln entfielen allein fast ein Zehntel aller wegen des Lehrermangels nicht besetzten Stellen.

Eine weitere Folge dieser Zustände ist die Überlastung der Lehrenden und die Überfüllung der Schulklassen. Von den im Bezirk amtierenden Lehrkräften (5810) sind insgesamt 2714, d. h. nicht viel weniger als die Hälfte überlastet. Und kein anderer Regierungsbezirk wies so viel überfüllte Klassen auf wie dieser. Sie betragen hier 1919. In ihnen empfangen rund 150 000 Kinder, d. h. etwa 36 v. H. aller Volksschüler ihren Unterricht. Der Bezirk hatte 17 Schulen mit einer einzigen Lehrkraft und mehr als 120 Schülern.

Fehlende Klassenräume und darum wegen Platzmangel nicht aufgenommene schulpflichtige Kinder, fehlende Lehrerstellen und Lehrer, überlastete Lehrkräfte, überfüllte Klassen; das sind die Ursachen jener Erscheinung, die der Herr Regierungspräsident in seinem Rundschreiben tadelt und die jeder, dem die Bildung des Volkes am Herzen liegt, und der der Polenpolitik Preußens nachhaltigen Erfolg wünscht, mit ihm aufs tiefste bedauern muß. Man darf es gewiß als ganz selbstverständlich ansehen, daß der Regierungspräsident, als er diese Verfügung erließ, auch diese Zustände kannte und nun mit aller ihm zu Gebote stehenden Macht auf ihre Abhilfe dringen wird. Und zwar nicht nur durch Verfügungen an die ihm unterstellten Lehrer und Schulen, die bei dem heutigen Zustande schon das unmöglichste leisten, sondern vor allem durch energische Vorstellungen bei der zentralen Unterrichtsverwaltung. Nur wenn es ihm gelingt, diese von der Notwendigkeit einer schleunigen Besserung jener jammervollen Zustände zu überzeugen, werden die in seinem Erlaß gerügten Übelstände verschwinden.

„Päd. Schztg.“

Wochenschau.

So hat denn der folgenschwere Monat begonnen, von dem wir Heil erwarten. Bekannt ist wiederum noch nicht das geringste, weder ob der erste Staffellentwurf gefallen ist, noch in welchem Umfange der Antrag Arendt zur Ausführung kommen dürfte. Auch aus dem Munde des Herrn Ministers und seiner hochmögenden Räte werden wir abermals kein Wort erfahren, wenn wir in den nächsten Tagen mit den Herren zusammensitzen werden bei dem glänzenden Weihefest des Berliner Lehrerhauses, 10 Tage vor Eröffnung des Ab-

geordnetenhauses. Dem Herkommen gemäß sehen wir doch der Einbringung des Gesetzes gleich am ersten Tage nach Zusammenritt des Landtages entgegen, also am 21. Oktober. Wunderlicherweise vermehren einige Blätter, daß die Vorlage erst am 31. Oktober erfolgen soll. Das würde uns ja das ganze Konzept verderben. Wir hatten die Termine für unsere Vorberatungen schon so prompt in Anschlag gebracht. Nun, die Hauptsache ist, daß das Gesetz einen Fortschritt bringt, dessen heilsame Folgen auf lange hinaus sich in allen Lehrhäusern bemerkbar machen. Vorläufig herrscht noch auf der ganzen Linie ein zuweilen recht widerliches Kampfgetöse. Kalt muß es jeden überlaufen, wenn man liest, daß in großen Lehrerversammlungen vor geladenen Abgeordneten die Parteien gegeneinander zu Felde ziehen und den Großstadtlehrern der laute, gehässige, zum Überdruß bekannte Vorwurf gemacht wird, daß sie nur darauf bedacht sind, ihre Taschen zu füllen, womit es nun einmal ein gesetzliches Ende haben müsse. Pfui Teufel! Freuen werden sich manche Leute und die Hände vor Vergnügen reiben, wenn sie lesen, wie bei verschiedenen Stadtverwaltungen eitel Freude herrscht über die bekannte Rede des Kottbuser Oberbürgermeisters. Die „Städte-Ztg.“ unterstreicht dies mit folgenden Worten: „Die fortgesetzten Agitationen der Lehrerschaft, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist, bereiten den Städten die schwersten Sorgen. Es ist schon so weit gekommen, daß wichtige Aufgaben der Gemeinde zurückgestellt werden mußten, weil die Ansprüche der Schulen ins Uferlose gehen.“ — Die Sorge für die Schulen scheint demnach nicht gerade zu den wichtigen Aufgaben der Städte zu gehören. Wir sind überzeugt, daß allenthalben in den Städten die größte Aufmerksamkeit dem neuen Gesetz entgegengebracht werden wird. Mit demselben Eifer, wie die Agrarier jede Mehrbelastung von sich abwehren werden, haben wir das auch von den Städten zu erwarten. Hier wird nicht bloß das kommunale, sondern auch das politische Moment eine heiße Rolle spielen. Besonders scharf wird man dem Projekt der Besoldungskassen, sobald es in den Vordergrund treten sollte, ins Auge sehen.

Mittlerweile ist in zwei Nummern des „Tag“ ein sehr beachtenswerter Artikel erschienen, der zwar äußerst diplomatisch und fachmännisch verschleiert klingt, aber doch zwischen den Zeilen manches lesen läßt, das schon jetzt lebhaft erörtert werden wird. Einer unserer eifrigsten Mitarbeiter hat sofort ein Exzerpt daraus fertig gestellt, und wir beeilen uns, in der Wochenschau den kurzgedrängten Auszug wiederzugeben, weil er acht Tage später schon wieder einigermaßen abgelagert erscheinen könnte. Unter der Überschrift: „Eine Stimme aus dem Finanzministerium über Beseitigung ungerechter Verteilung der Volksschullasten und Einheitsgehalt der Lehrer“ bringt der Kollege folgende Ausführungen:

„Timeo Danaos et dona ferentes!“ Auch „Wirklichen Geheimen Räten“ aus dem Finanzministerium muß man mit Mißtrauen begegnen, wenn sie, wie Dr. Germar in No. 316 und 317 des „Tag“, über Lehrergehälter und ihre Aufbringung das Wort nehmen. Des Verfassers einflußreiche Stellung im Ressort Rheinbabens läßt es keineswegs als überflüssig erscheinen, seinen Ausführungen in aller Kürze näher zu treten.

Germar betont, daß, entgegen vielen Preßdeutungen, die Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses sich keineswegs für ein Einheitsgehalt der Lehrer ausgesprochen habe, da sie „höhere Sätze“ unter besonderen Umständen als zulässig erkläre. Jener Kommissionsbeschluß bringe nur zum Ausdruck, daß die bestehende Verschiedenheit der Sätze des Dienstehaltens einzuschränken und daß ganz besonders für dessen Festsetzung künftig außer acht bleiben solle, ob ein Lehrer auf dem Dorfe oder in der Stadt angestellt sei. Ferner habe sich die Kommission nicht geäußert, ob statt der auf der Verfassung beruhenden Forderung eines „den örtlichen Verhältnissen“ entsprechenden

Einkommens das Gehalt der Lehrer in ziffernmäßig gleicher Höhe in Orten mit billigen und teuren Lebensmittelverhältnissen festgelegt werden müsse.

Germar gibt zu, daß eine solche gesetzliche Vorschrift „grundsätzlich eine tatsächliche Verschiedenheit der Sicherung angemessener Lebenshaltung der Lehrer zu ungunsten derer anordnete, die in teuren Orten angestellt sind;“ andererseits würde sie die Belastung der leistungsschwachen Gemeinden „über das Bedürfnis hinaus in bedeutendem Maße“ steigern und damit der mit Recht geforderten Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit entgegenstehen.

Nun wendet Germar seinen Scharfsinn der Untersuchung zu, ob den unermögenden Schulverbänden am besten durch das System der Besoldungskassen oder durch jenes der Staatsbeiträge zu helfen sei.

Um es gleich zu sagen: Germar tritt in längeren nicht immer besonders scharfen Ausführungen für die Besoldungskassen ein. Sie bedeuten nach seiner Meinung keine grundsätzliche Änderung des bisherigen Systems der Volksunterhaltung, denn auf jeden Fall, ob die Mittel für die armen Gemeinden aus der Staatskasse oder aus Besoldungskassen flössen, müßten die wohlhabenden Gemeinden für die minder leistungsfähigen ein Opfer bringen. Auch entspreche die Aufbringung der Schulunterhaltungskosten aus Kommunalsteuern vorzugsweise der Verfassung, die Belastung der Steuerzahler sei die gleiche, durch die Besoldungskassen würden Deckung und Ausgaben ins Gleichgewicht gebracht. Die Höhe der von Verbandsgemeinden zu leistenden Beiträge regle sich nach dem Betrage der Staatseinkommensteuer, der den Kommunalabgaben zugrunde liegt.

Nun hätten die Besoldungskassen in der Kommission Widerstand gefunden, da man bei ihrer Durchführung eine „Verstaatlichung der Schule“ und damit eine starke Einengung der Schulverbände in der Freiheit ihrer Entschließungen herbeiführen würde.

Dagegen meint Germar, diese Einengung der Entschließungsfreiheit müsse auf jeden Fall erfolgen. Es könne den Gemeinden nicht freigestellt werden, im Interesse ihrer eigenen Schulen die Gesamtheit der Steuerzahler zu belasten, gleichviel, ob diese durch Besoldungskassen oder durch Staatsbeiträge herangezogen würden. (Mit den Großstädten, die verschwindend kleine Staatsbeiträge empfangen und fast alle Schullasten allein tragen, scheint Germar nicht zu rechnen.)

Trotz der erwähnten Beschränkung der kommunalen Entschließungsfreiheit stehe es den Gemeinden dennoch frei, nach Gutdünken neue Klassen einzurichten oder statt weiblicher männliche Lehrkräfte anzustellen, selbstverständlich — auf eigene Kosten.

Eigenartig liest es sich, wie eine derartige „Entschließungsfreiheit“ definiert wird:

„Diejenigen Schulverbände, in denen mehr Schulstellen bestehen, als dem Verhältnisse aller Schulstellen zu der Zahl der schulpflichtigen Kinder im Staate entspricht“, haben „für die den Durchschnitt übersteigenden Stellen zur Deckung des gemeinsam aufzubringenden Gesamtbedarfs vorweg einen Beitrag in Höhe des für diese Stelle erforderlichen Aufwandes zu entrichten.“

Kurz und gut: Wer statt 6 Klassen à 80 Kinder acht à 60 Schüler einrichten will, der soll für seine Bildungsfreundlichkeit das Gehalt für die beiden — eigentlich unnötigen — Lehrerstellen vorweg in die Besoldungskasse zahlen, um es dann aus derselben als eine Leistung des Gesamtverbandes wieder zu erhalten.

Desselbigengleichen steht es mit der Freiheit der Gemeinden in der Wahl von männlichen Lehrkräften: „Alle Schulverbände würden ohne weiteres ein bedeutendes Interesse daran behalten, die Kosten der Schule nicht durch eine

aus sachlichen Gründen nicht angezeigte Wahl männlicher anstatt weiblicher Lehrkräfte zu steigern, da ihnen die damit verbundene Mehraufwendung an Grundgehalt wie bisher zur Last fallen würde.“

Interessant ist nur die Wendung, daß eine Gemeinde auch aus andern als „sachlichen Gründen“ einen Lehrer statt einer Lehrerin anstellen könnte, obwohl sie dadurch ihren Etat höher belastet. Uns ist kein einziger derartiger Fall bekannt. Die Gemeinden werfen für die Schulen kein Geld weg; wenn sie eine Mehraufwendung beschließen, so ist sie gewiß bitter nötig.

Das also wäre der Segen der Besoldungskassen; demgegenüber ist natürlich das System der Staatsbeiträge weit bedenkllicher. Die Übernahme des vollen Mindestbetrages der Alterszulagen auf allgemeine Staatsfonds würde die Erhöhung der Staatseinkommensteuer um etwa ein Drittel erforderlich machen und bei Steigerung des Mindestbetrages der Alterszulagen auf das Doppelte des gegenwärtigen Einheitsatzes würde rund 80 Millionen *M* jährlich erfordern. Bei einer Abstufung der Staatsbeiträge nach der Größe der Orte würde der Bedarf nur noch $\frac{1}{8}$ der Einkommensteuer betragen; indes hat sich die Kommission gegen dieses System erklärt, da es „unrichtig“ sei. Gernar aber weist den Vorwurf zurück, indem er behauptet, daß die Großstädte durch den Zuzug der ländlichen Intelligenzen, für deren Bildung sie keinen Pfennig gezahlt hätten, jährlich an 16 Millionen ersparten. Somit könnten sich die großen Gemeinden über keine Zurücksetzung beklagen, wenn sie verhältnismäßig geringe Staatszuschüsse bekämen. Freilich, fehlerlos sei das System nicht. „Die daraus sich ergebenden Bedenken dürften allerdings nicht als überwiegend zu erachten sein, wenn eine Verbindung der Organisation von Besoldungskassen mit der in Aussicht stehenden Verbesserung des Dienst Einkommens der Lehrer letztere dringende Maßnahmen erheblich zu verzögern geeignet sein sollte.“

Der Finanzminister hat also zwei Eisen im Feuer: Finden die Besoldungskassen keinen Anklang, so werden die Kosten des neuen Besoldungsgesetzes nach Bedürfnis durch Staatsbeiträge gedeckt, die nach einem vielstufigen Systeme verteilt werden.

Die Einrichtung der Besoldungskassen sei keineswegs ein Traum, wie in der Kommission ausgesprochen worden sei; sie sei vielmehr „bei angemessener Begrenzung und Ausgestaltung der Organisation wohl geeignet, die allseitig erstrebten Ziele des Volksschulwesens zu fördern. Die demnächstige Verwaltung der Kassen würde sich in einfacher Weise und ohne Eingriff in die Schulverwaltung der Gemeinden vollziehen, während die bestehenden Alterszulagekassen aufgelöst werden könnten“.

Aus diesen Enthüllungen aus dem Kastanienwäldchen geht hervor:

Ein Einheitsgehalt im Sinne unserer Beschlüsse wird leider nicht befürwortet.

Dagegen werden die Besoldungskassen empfohlen. In Reserve hält der Finanzminister ein vielstufiges System von Staatsbeihilfen.

Das Besoldungsgesetz wird bildungsfeindliche Momente enthalten, indem man hohe Klassenfrequenzen und die Verweiblichung des Lehrkörpers künstlich fördert.

Die Großstädte werden zum Besten der notleidenden und keine Einkommensteuer zahlenden Agrarier über Gebühr herangezogen werden.

Das Odium aller dieser mißliebigen Maßregeln wird natürlich auf den Lehrerstand fallen, um dessentwillen alle Welt Scherereien hat.

Timeo Danaos et dona ferentes! —

Zur Deckungsfrage ist uns übrigens eine kurze Zuschrift aus Landlehrerkreisen zugegangen, die wir der Beurteilung unserer Leser nicht vorenthalten wollen. Der Kollege schreibt:

„Es wird in allen Schulzeitungen immer die Frage aufgeworfen, woher die Gemeinden die Mittel zur Besserstellung der Lehrer nehmen sollen. Soviel mir bekannt, ist ein Punkt dabei noch nie berührt worden, auf den ich hier aufmerksam machen möchte. Die meisten Gemeinden Schlesiens haben bedeutende Renten an den Domänenfiskus zu zahlen. Soviel mir nun bekannt ist, hören diese Rentenzahlungen bei vielen Gemeinden im Jahre 1909 auf. Die Nachbargemeinde Gr.-Kr. hat z. B. schon seit 1907 einen Betrag von zirka 2500 *M* weniger an Renten zu zahlen als früher. (Schulabgaben in Gr.-Kr. haben jetzt etwa die Höhe von 1760 *M*.) So wird in vielen Gemeinden durch Aufhören der Domänen-Amortisationsrenten eine bedeutende Erleichterung der Steuerlast im Jahre 1909 bzw. in den folgenden Jahren eintreten, und die Gemeinden sind dann entschieden in der Lage, für Lehrerbesoldung erhöhte Mittel aufzubringen. Ich hoffe, daß dieser Hinweis von älteren Landkollegen Bestätigung finden wird und daß meine Mitteilung der Redaktion im Interesse des ganzen Lehrstandes angenehm und eventuell verwertbar sein dürfte.“ —

Die Sache erscheint uns im gegenwärtigen Zeitpunkt wichtig. Wir ersuchen kundige Leser vom Lande um weitere Auskunft.

Mitteilungen.

Berlin. [Hotel des Berliner Lehrervereins.] Am 2. Oktober d. J. wird in unserm Vereinshause am Alexanderplatz, Kurze Straße 3—5, im ersten Stockwerk ein Vereinshotel von 16 Zimmern eröffnet. 11 Zimmer sind mit je 1 Bett, 5 Zimmer mit je 2 Betten versehen. Sämtliche Räume haben Zentralheizung und elektrisches Licht. Der Preis für 1 Zimmer mit 1 Bett beträgt für Mitglieder des Deutschen Lehrervereins und deren Angehörige 2,50 *M*. In diesen Preis ist vollständiges erstes Frühstück mit eingeschlossen. Andere haben 3,25 *M* zu zahlen. Vorbestellungen sind an das Hotelbureau zu richten. Das Hotel ist nur wenige Minuten vom Stadt- und Fernbahnhof Alexanderplatz entfernt. Von allen andern Fernbahnhöfen führen Straßenbahnen, Automobil- und Pferdeomnibusse nach dem Alexanderplatz, der zahlreiche Verbindungen nach allen Stadtteilen und den Vororten besitzt. Die Presse der Lehrervereine wird um Verbreitung dieser Mitteilung freundlichst gebeten. Die Baukommission des Berliner Lehrervereins.

Breslau. [Pädagogische Abteilung.] In unserer modernen Zeit stehen zwei Weltanschauungen einander ziemlich schroff gegenüber: Subjektivismus und Sozialismus. Der zwischen beiden bestehende Gegensatz hat auch auf das Gebiet der Erziehung hinübergegriffen und einen neuen Zweig der Pädagogik entstehen lassen: die Sozialpädagogik. Die beiden bekanntesten Vertreter derselben sind wohl Natorp und Bergemann. Sie sagen: Der Mensch als Einzelwesen existiere überhaupt nicht; er sei nur ein bloßes Glied des sozialen Organismus. Selbst in seinem Denken erweise er sich als Gemeinschaftswesen. Er sei darin immerwährend abhängig von der Gesellschaftsseele, der Volksseele, deren Entwicklung in Sprache, Religion, Sitte, Recht, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zutage treten. Die Erziehung sei nichts als eine soziale Funktion, deren Aufgabe darin bestehe, den Heranwachsenden durch Übermittlung der gemeinsamen Kulturgüter in den gesellschaftlichen Organismus einzugliedern. In der letzten Sitzung sprach nun Koll. Tschierske über eine Schrift (Dr. Kästner, Sozialpädagogik und Neuidealismus), die gegen die Sozialpädagogik Stellung nimmt. Neuidealismus ist in dem Werkchen ungefähr gleichbedeutend mit Individualismus oder Subjektivismus. Der Verfasser behauptet, die innere Geisteswelt komme bei der Sozialpädagogik zu kurz. Der Kulturprozeß führe zur Entseelung des Menschen; denn das Leben außer uns ziehe uns ab von dem Leben in uns. Der eigentliche Sinn des Lebens und der höchste Zweck der Erziehung müsse die Pflege der Geistigkeit sein. So oft das Individuum sich von den äußeren und inneren Fesseln losgelöst und sich auf sich selbst gestellt habe, sei es in der Geschichte der Menschheit einen Ruck vorwärts gegangen, weil der Erhöhung des Innenlebens jedesmal ein erhöhender Anstoß nach außen gefolgt sei. In einem besonderen Teile seiner Schrift führt der Verfasser dann aus, wie er sich die Verwirklichung seiner Forderung in Staat, Gesellschaft, Kirche, Haus und Schule denkt. Er stellt sich dabei auf den Boden der allgemeinen Volksschule, weil keinem Gesellschaftsgliede die zur Pflege des Geisteslebens vorhandenen Mittel grundsätzlich verwehrt werden dürften. — In

Breslau, 1. Oktober 1908.

einem zweiten Vortrage sprach Koll. E. Zobel unter Anschluß an einen in der „Deutschen Schule“ erschienenen Artikel über „Die innere Welt des Unbewußten“. Der Verfasser des erwähnten Aufsatzes führt ungefähr folgendes aus: Unser Bewußtsein ist nicht in einem Zustande, eine größere Zahl psychischer Erscheinungen auf einmal zu umfassen; alles übrige sinkt ins Unbewußtsein zurück. Im Unbewußten aber existiere nicht nur das, was zuvor einmal im Lichte des Bewußtseins zur Geltung kam, sondern auch ein unübersehbares Heer solcher psychischer Gebilde, die ohne geistiges Aufsehen zu erregen, still und unbemerkt auf mehr geheimen, dunklen Pfaden in unser Innenleben eingedrungen seien. Die Welt des Unbewußten stelle sich aber keineswegs als bloßer geistiger Ansammlungsort und Aufbewahrungsort dar. Sie unterliege vielmehr einem fortwährenden Umbildungs- und Entwicklungsprozeß, der, obwohl in geheimnisvoller, verborgener Werkstätte sich vollziehend, doch mit seinen fertigen Resultaten oft überraschend in bewußte Erscheinung trete und in alles geistige Geschehen bedeutungsvoll hineinspiele. Der Vortragende stellte sich diesen Ausführungen gegenüber auf einem andern Standpunkt und bestritt eine unbewußte Umbildung und Weiterentwicklung der Vorstellungen. In der Diskussion fanden beide Ansichten ihre eifrigen Verfechter, so daß die Sitzung erst gegen Mitternacht ihren Abschluß fand.

— [Der diesjährige Vereinstag des Schles. evang. Kirchenmusik-Vereins] findet am 8. und 9. Oktober in Glogau statt. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: Donnerstag, den 8. Oktober, nachm. 5 Uhr: Liturgischer Gottesdienst in der evang. Friedenskirche zum Schifflein Christi. Liturg: Herr Oberkonsistorialrat Prof. D. Kawerau, Propst zu St. Petri, Berlin. Abends 8 Uhr: Vorversammlung im Logensaale, Langestraße 1. a) Vortrag: „Gebrauch der Kirchentontarten.“ Mit praktischen Darstellungen. (Musikdirektor Lubrich-Sagan.) b. Bericht über den 21. Deutschen evang. Kirchengesangvereinstag in Berlin. (Rektor Fröhlich-Breslau.) Freitag, den 9. Oktober, vorm. 9 Uhr: Hauptversammlung im Weißen Saale des Rathauses. 1. Begrüßung. 2. Jahresbericht (Rektor Fröhlich-Breslau). 3. Kassenbericht. (Ratssekretär Gruske-Breslau.) 4. Bibliotheksbericht. (Rektor Wuttke-Breslau.) 5. Berichterstattung über a) Gehaltsangelegenheit der Kantoren und Organisten. b) Antrag Rheinland: Trennung der organisch-verbundenen Kirch- und Schulstellen. c) Aufforderung aus Magdeburg: Beitritt zum neu zu gründenden Preußischen Kantoren- und Organistenverbände. (Kantor Hübner-Hundsfeld.) 6) Vortrag: „Was können wir zur Hebung des Gemeindegesanges tun?“ (Konsistorialrat Prof. D. Gennrich-Breslau.) Im Anschluß hieran: Entwurf des Schlesischen Provinzial-Gesangbuches. (Kircheninspektor Probst Decke-Breslau.) 7. Mitteilung über die zu schaffenden kirchenmusikalischen Diözesanverbände. (Vorsitzender Musikdirektor Hielscher-Brieg.) 8. Vorstandswahl. Mittags 1 Uhr: Gemeinschaftliches Mittagmahl im Logensaale, Langestraße 1. Preis des Gedecks 2 \mathcal{M} . Nachmittags 5½ Uhr: Geistliche Musikaufführung in der evang. Friedenskirche zum Schifflein Christi. (Leiter: Kantor und Organist Tschierschky-Glogau.) Abends 8 Uhr: Schlußversammlung und geselliges Beisammensein im Logensaale.

Sowohl der Vorstand des „Schles. evang. Kirchenmusikvereins“, als auch der Ortsausschuß des Glogauer Bezirkes laden die verehrten Mitglieder des Vereins, sowie die Freunde desselben zu zahlreicher Teilnahme freundlichst ein. Anmeldungen zur Beschaffung von Wohnungen, wie auch zur Teilnahme am gemeinschaftlichen Mittagmahle werden an Kantor Tschierschky-Glogau erbeten. Festkarten und Programme, welche zum Besuche der Versammlungen und der geistlichen Musikaufführung berechtigen (à 50 \mathcal{P}), sowie Wohnungsnachweise und Tischkarten werden Donnerstag, den 8. Oktober cr., in der Zimmermannschen Buchhandlung, Polnische Straße, verabfolgt.

Hundsfeld. [Gauversammlung.] Sonnabend den 19. September fand in Wasners Gasthof „Zum Deutschen Kaiser“ in Hundsfeld die diesjährige Gauversammlung der Lehrervereine Breslau-Land, Breslau-Stadt, Hundsfeld, Luzine, Neumarkt und Trebnitz statt. Gegen ¾ 5 Uhr wurde die Versammlung, zu der gegen 200 Kollegen mit ihren Damen erschienen waren, durch den vom Gesangverein Breslauer Lehrer vorgetragenen Chor „Herr, den ich tief im Herzen trage“ eingeleitet. Hierauf begrüßte der Vorsitzende des Breslauer Lehrervereins, Kollege Moese, die Anwesenden. Er bat um Entschuldigung, daß dem vor 2 Jahren geäußerten Wunsche, der Gauversammlung mehr einen geselligen Charakter zu geben, nicht entsprochen worden sei. Die beiden auf die Tagesordnung gesetzten Vorträge seien sehr ernster Natur; aber die Zeit der schweren Not habe dazu gedrängt. Kollege Moese ließ seine Ansprache in ein Hoch auf Se. Majestät den Deutschen Kaiser und König von Preußen ausklingen. In das Bureau wurden gewählt die Vorsitzenden der Zweigvereine: Stanelle-Brockau, Moese-Breslau, Hermann-Neumarkt, Hoppe-Schleibitz, Blech-Ober-Glauche, Kremser-Jackschönau; ferner die Schriftführer des Vereins Breslau-Stadt: Skottke, Blech, Fürle und die anwesenden Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses des schlesischen Lehrervereins. Die Leitung der Versammlung wurde

dem Vorsitzenden von Breslau-Stadt, Kollegen Moese, übertragen. — Mit den auch am 19. September tagenden Versammlungen der Gauverbände Öls-Bernstadt, Liegnitz und Gr.-Wartenberg wurden Begrüßungstelegramme gewechselt. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Vorsitzende des Schlesischen Lehrervereins, Rektor Köhler, das Wort zu einer längeren Begrüßungsansprache. Er ging dabei auch ein auf die mancherlei Sonderbestrebungen einzelner Gruppen innerhalb der preußischen Lehrerschaft, die sich über Beschlüsse der großen Organisation mit Leichtigkeit hinwegsetzen und dem ganzen Stande schweren Schaden zufügen müssen. In diesem Lichte sei die Stellungnahme des Breslauer Lehrervereins gegen seine dem Schlesischen Rektorenverein angehörenden Mitglieder aufzufassen. Sehr bedauerlich sei auch das Vorgehen der Gleichstellungsfreunde, die jetzt — entgegen den Beschlüssen unserer Organisation — mit Eifer für die Erfüllung ihrer Sonderwünsche agitieren. Nach Verlesung des Protokolls der 1906 abgehaltenen Gauversammlung wurden Erklärungen der zum Verbands gehörigen Zweigvereine bekannt gegeben, in denen diese sich auf Grund einer bei der vorigen Versammlung gegebenen Anregung dazu zu äußern hatten, ob die Gauversammlungen auch fernerhin abgehalten werden sollen oder nicht. Aus diesen Erklärungen geht hervor, daß man fast durchweg für Beibehaltung der Einrichtung ist; allerdings wird gewünscht, bei den Gauversammlungen der Pflege der Geselligkeit mehr Raum zu gewähren. — Es wurde ferner mitgeteilt, daß der 1906 gefaßte Beschluß, wegen Verlegung der Osterferien bei der Königlichen Regierung vorstellig zu werden, inzwischen seine Erledigung gefunden hat.

Hierauf erhielt Kollege Rupprecht-Breslau das Wort zu seinem Vortrage „Neuzeitliche Schulgesetzgebung in Preußen — Deutschland“. In der Einleitung zeigte der Referent durch einen kurzen Überblick über die preußische Schulpolitik des vergangenen Jahrhunderts, daß die Anschauungen über Schule und Lehrerstand seit 100 Jahren in den maßgebenden Kreisen sich nicht verändert haben, daß heut wie früher dieselben Mächte einer zeitgemäßen Schulgesetzgebung hindernd im Wege stehen. Hierauf charakterisierte er die heut gültigen preußischen Schulgesetze: Schulaufsichtsgesetz 1872, Besoldungsgesetz von 1897 und Schulunterhaltungsgesetz von 1906, in ihren Hauptsachen und Hauptfehlern und hob besonders die engherzigen konfessionellen Bestimmungen des letzteren hervor. An der Hand eines sehr umfangreichen, zum Teil amtlichen Materials führte er nun die Hörer in die neuere Schulgesetzgebung des übrigen Deutschland ein, indem er besonders die Besoldungs- und Aufsichtsfrage zum Gegenstande seiner Betrachtungen machte. Es lag ihm dabei das Material von 19 Staaten vor. In der Besoldungsfrage biete ganz Deutschland kein erfreuliches Bild. Die von den Lehrern überall erhobene Forderung der Gleichstellung mit den Subalternbeamten werde zwar meist im Prinzip anerkannt, aber überall komme man mit denselben Entschuldigungen. Die Finanzlage des Staates und die Belastung der Gemeinden gestatten die Durchführung dieses Prinzips nicht. So fallen die Aufbesserungen meist kläglich aus. Eingehender wurden die bitteren Gehaltskämpfe in Bayern und die erfreulichen Erfolge in Sachsen besprochen. Wenn man das Gehalt ohne Wohnung im 30. Lebensjahre in Betracht zieht, marschieren die in den Bereich der Untersuchungen gezogenen Staaten in folgender Reihenfolge: Bremen, Baden, Sachsen, Braunschweig, Hessen, Altenburg, Weimar, Bayern, Rudolstadt, Sondershausen, Meiningen, Mecklenburg, (in den Städten über 10 000 Einwohner) Reuß ä. L., Gotha, Oldenburg, Reuß j. L., Preußen, Koburg, Württemberg, Mecklenburg, (in Städten unter 10 000 Einwohner) Mecklenburg (Domanialschulen), Mecklenburg (ritterschaftliche Schulen). Vergleiche man das Endgehalt, so ergebe sich die Reihenfolge: Bremen, Hessen, Sachsen, Bayern, Baden, Weimar, Braunschweig, Altenburg, Sondershausen, Meiningen, Oldenburg, Rudolstadt, Gotha, Württemberg, Mecklenburg, (Städte über 10 000 Einwohner) Reuß ä. L., Koburg, Reuß j. L., Preußen, Mecklenburg, (Städte unter 10 000 Einwohner), Mecklenburg (Domanialschulen), Mecklenburg (ritterschaftl. Schulen). In Sondershausen, wo die Gleichstellung durchgeführt ist, sei es eine Gleichstellung nach dem Muster des Antrages Arendt. Wahrlich kein erfreuliches Bild. In der Schulaufsichtsfrage seien die Gegensätze viel größer. Die Forderung der Lehrer nach Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und Einführung der Fachaufsicht fange an Boden zu gewinnen. Obenan stehen einige thüringische Staaten mit Meiningen an der Spitze, wo die Trennung zwischen Schule und Kirche durchgeführt ist. In anderen Staaten sei wenigstens die Bezirksaufsicht Fachaufsicht geworden und die Lokalaufsicht im Prinzip beseitigt, z. B. in Baden und Hessen. In Württemberg und Sachsen seien ähnliche Einrichtungen durch Schulgesetzentwürfe in Vorbereitung. In Sachsen und Oldenburg habe die Regierung die Lehrerschaft sogar zur Mitarbeit an der Schulgesetzgebung aufgefordert. Am dunkelsten sei und bleibe es in Bayern und Preußen. Hier sei die geistliche Schulaufsicht noch fest gefügt. Überall aber, wo Erfolge erreicht worden seien, wäre dies nicht zum wenigsten der einmütigen und planmäßigen Arbeit der Lehrervereine zu verdanken. Das wurde besonders hervorgehoben. Der Referent

schloß darum mit der Mahnung zur Einigung unter Weglassung aller Sonderinteressen. Der sehr gründlich angelegte Vortrag, der mehr als eine Stunde Zeit in Anspruch nahm, wurde mit großem Interesse angehört. Von einer Debatte über das Gehörte nahm die Versammlung Abstand.

Über das zweite, auch durchaus zeitgemäße Thema „Die Klagen über die unzureichenden Leistungen der heutigen Volksschule und ihre Ursachen sprach hierauf Mittelschullehrer Oskar Kosog. Es war gewiß keine kleine Aufgabe für ihn, nach dem ersten Vortrage, der seiner Natur nach eine verhältnismäßig trockene Materie behandelte und große Aufmerksamkeit erforderte, sich noch Gehör zu verschaffen. Aber der Redner verstand es, seine Ausführungen derartig interessant zu gestalten, daß ihnen jeder — auch die anwesenden Damen — gern länger als 1½ Stunden folgte. Da der Vortrag in einer der nächsten Nummern dieser Zeitung zum Abdruck gelangen wird, sei hier nur in aller Kürze auf die Ausführungen hingewiesen. Der Referent verbreitete sich zunächst über die Veranlassung zu dem Vortrage. Sie sei zu erblicken einmal in den Klagen über unzureichende Leistungen der Volksschule im allgemeinen, ferner in dem bekannten Antrage Schiffer im Abgeordnetenhaus. Das lege uns die Verpflichtung auf, diese Klagen auf ihre Berechtigung hin zu prüfen. Wenn man das Abnehmen der Analphabeten in Preußen als Maßstab für die Volksbildung ansehen wollte, so wäre wohl kaum Grund zu Klagen, wie sie in letzter Zeit vielfach erhoben worden sind. Ein ganz anderes Bild würde sich ergeben, wenn die Rekrutenprüfungen so gestaltet werden würden wie z. B. in der Schweiz. Die in ähnlicher Weise vorgenommenen Untersuchungen des Stabsarztes Dr. Rodenwaldt bei den Leibkürassieren in Breslau haben ziemlich traurige Resultate gezeigt. Die Proben des Mr. Lauth, die dieser mit Schulkindern in Berlin, Paris und London vorgenommen hat, seien sehr zu Ungunsten der Berliner Schulen ausgefallen. Dergleichen hätten Prüfungen von Fleischerlehrlingen und Schülern der kaufmännischen Fortbildungsschulen, sowie Erhebungen des Handelsministers wenig erfreuliche Ergebnisse zur Folge gehabt. Man hört immer wieder die Klage: Es wird nicht für das Leben, sondern für die Schule gearbeitet. Die verschiedensten Untersuchungen zeigten zur Genüge, daß die Klagen über unzulängliche Leistungen der heutigen Volksschule nicht unberechtigt seien. Der Referent sieht die Ursache der mangelhaften Erfolge des Unterrichts 1. in ungünstigen äußeren Verhältnissen und zwar a) in der Geringerschätzung, mit welcher die Volksschule noch heute vielfach beurteilt wird; b) in den unzureichenden Mitteln, die für das Volksschulwesen aufgewendet werden; c) in der geringen Besoldung; d) in der niedrigen sozialen Stellung; e) in den schlechten Avancementsverhältnissen des Lehrerstandes und f) in dem daraus sich ergebenden Lehrermangel; 2. in Mängeln des heutigen Schulbetriebes, nämlich a) in dem vielfach herrschenden Bürokratismus; b) in der Neigung zu Äußerlichkeiten; c) in der Stoffüberbürdung; d) in dem Streben nach zu hohen Zielen; e) in der ungenügenden Pflege der Selbsttätigkeit. Erst nach Beseitigung aller dieser Hemmnisse würden die Klagen über mangelhafte Leistungen verschwinden. Es sei Sache der Lehrerschaft, an ihrem Teile kräftig mitzuarbeiten, um eine Besserung der traurigen Zustände herbeizuführen. — Der vorgelassenen Zeit wegen begnügte man sich bei diesem Vortrage mit einer ganz kurzen Besprechung und nahm alsdann die Sätze des Referenten in ihrer Gesamtheit an.

Gegen 9 Uhr begann der festliche Teil des Abends. Der Gesangsverein Breslauer Lehrer unter Leitung seines zweiten Dirigenten Bienwald erfreute durch mehrere in gewohnter Weise schön vorgebrachte Chöre („Morgen im Walde“ von Hegar, „Altdeutsches Liebeslied“ von Wohlgemuth, „Ännchen von Tharau“ von Silcher). Rauschenden Beifall erntete das Breslauer Soloquartett, bestehend aus den Herren Janssen, Aumann, Menzel und Volke, mit mehreren wunderbar zu Gehör gebrachten Liedergaben. Zwei humorvolle allgemeine Festlieder, gestiftet vom Rektor Sabel und Rektor Köhler wurden mit großer Begeisterung gesungen und lösten stürmische Heiterkeit aus, die sich nun noch steigerte, als Meister Sabel, der ja immer gern bereit ist, durch den Vortrag eigener Dichtungen zu erfreuen, seinen „Nachtwächter von Schrabowitz“, der bald um al Pusten kommen wär“, vorführte. Zwischen den einzelnen Vorträgen wurde, wie sich das für eine ordentliche Gauversammlung gehört, fleißig dem Tanze gehuldigt, bis der Omnibus auch die letzten Festnehmer nach Hause brachte.

Die Vorarbeiten für die nächste Versammlung des Gauverbandes wurden dem Verein Trebnitz übertragen.

Görlitz. (Rektor Heinrich Scholz †.) Gestern starb nach kurzem Leiden der Leiter der 2. Gemeindeschule, Herr Rektor Heinrich Scholz. Nach arbeitsreichen Wochen hatte er wie alljährlich seinen Sommerurlaub in Brückenberg i. R., Erholung erhoffend, aufgesucht. Aber nicht gekräftigt, sondern leidend kehrte er zurück. Sein Pflichtertrieb trieb ihn, trotz Krankheit, sein Amt in vollem Umfange wieder aufzunehmen. Doch das entstandene Leiden war stärker als sein Wille. Am Montag, den 31. August, mußte er die ihm stets lieb gewesene Arbeitsstätte verlassen, er tat es in der Hoffnung, sie nach einigen Tagen wieder betreten zu können; vergebens, er hat sie nie wiedergesehen. Ein schweres inneres Leiden machte einem Leben ein Ende, das nur Mühe und Arbeit gewesen ist. Am

10. April 1847 zu Seidorf, Kreis Hirschberg, als Sohn eines dortigen Hausbesitzers geboren, auf dem Seminar zu Alt-Döbern von 1865 bis 1868 vorgebildet, übernahm er nach bestandener Entlassungsprüfung eine Adjunktenstelle in Zwippendorf, Kreis Sorau, darauf eine Lehrstelle in Neustadt-Eberswalde; am 1. Juli 1870 erfolgte seine Anstellung in Görlitz. Hier wurde es ihm mit dem geringen Anfangsgehälte sehr schwer, ja nur durch angestrengteste außeramtliche Tätigkeit möglich, die Seinen zu erhalten, da Krankheit in der Familie und der Tod der Gattin große Opfer verlangten. Durch seinen unermüdlichen Fleiß, sein stilles, bescheidenes und stets freundliches Wesen erwarb er sich bald die Achtung und das Vertrauen der Behörden in hohem Maße. Er wurde im Jahre 1883 zum Hauptlehrer, 1895 zum Rektor ernannt. Seit Pensionierung des Rektors Conrad wurde ihm die ehrenvolle Stellung als Leiter der Rektorenkonferenzen übertragen, und gleichzeitig wurde er zum Mitglied der städtischen Schuldeputation gewählt. Anlässlich der Anwesenheit des Kaisers in Schlesien erhielt der Verstorbene den Kronenorden 4. Klasse. So geehrt von seiner Behörde, genoß er aber auch treue Liebe und Verehrung seines ihm unterstellten Lehrerkollegiums. Aufrichtig trauernd steht es an der Bahre seines Rektors, dieses Mannes, der seinen Mitarbeitern in echter Kollegialität ein treuer Freund und väterlicher Berater war. Mit dem Kollegium trauern die nach vielen Tausenden zählenden Schülerinnen und gedanken wehmütig ihres Lehrers, der ihnen ob seiner Liebe und seines humanen Wesens gewiß unvergänglich sein wird.

Bez. Liegnitz. Es gibt im Regierungsbezirk Liegnitz:

2 Städte —	Dörfer mit	266 L. und	200 %	Alterszul.
1 Stadt —	„	36	„	190
3 Städte 3	„	153	„	180
1 Stadt —	„	16	„	175
5 Städte 4	„	157	„	170
4 „ 4	„	90	„	160
14 „ 39	„	223	„	150
5 „ 57	„	148	„	140
10 „ 197	„	408	„	130
7 „ 750	„	1130	„	120

In 35 Orten bestehen noch ungleiche Alterszulagen zwischen kath. und evang. Lehrern. Daraus ergibt sich, daß mancher Ort in obiger Tabelle doppelt gezählt ist.

Neumarkt. Die unterzeichneten, im Hohen Hause zu Neumarkt in Schlesien heute versammelten Mitglieder der beiden Kreisbureaus des Kreises Neumarkt sprechen dem Geschäftsführenden Ausschuß des Schlesischen Lehrervereins und dem Vorstände des Vereins kath. Lehrer Schlesiens für die gemeinsam getroffenen Vorbereitungen zur schleunigen Beratung der zu erwartenden Besoldungsvorlage Dank und Anerkennung aus. In herzlicher Freude über das erquickende Bild einträchtigen Handelns der beiden großen schles. Verbände in so erster Zeit geloben sie, im hiesigen Kreise für treue Befolgung der erteilten Anweisungen vom 12. September 1908 wirken zu wollen. Sie bedauern und verurteilen alle offenen und gebeimten voreiligen Schritte in Gehaltsangelegenheiten, die von einzelnen Lehrern und ganzen Vereinen im Gegensatz zu den Beschlüssen der Gesamtheit unternommen werden.

Neumarkt, den 26. September 1908.

Bahr. Lorenz. Pfeiffer. Faustmann.
Vogt. Theiz.

(Folgen viele Namen.)

Oberschlesien. (Hilfsschulwesen.) Im Regierungsbezirk Oppeln befinden sich Hilfsschulen in Königshütte mit 6, Beuthen mit 4, Kattowitz mit 3, Ratibor mit 2 Klassen, Bismarckhütte und Scharley mit je 1 Klasse. Am 1. April 1909 wird in Schwientochlowitz eine Hilfsschule eröffnet werden. Die Hilfsschule in Königshütte ist die erste sechsklassige Hilfsschule in der Provinz Schlesien. — Die Lehrer an den Hilfsschulen im Industriebezirk haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen. Den Vorstand bilden: Melzig in Königshütte, Heide in Beuthen und Blisch in Kattowitz.

— (Strafantrag bei Schulversäumnissen in der Fortbildungsschule.) In einem Orte des Beuthener Kreises wollte man dem Leiter der gewerblichen Fortbildungsschule das Recht streitig machen, bei Versäumnis des Unterrichts gegen die Absenten Strafantrag zu stellen. Der Schulleiter unterbreitete diese Angelegenheit dem Dezernenten der Kgl. Regierung Oppeln für das Fortbildungsschulwesen zur Entscheidung. Diese lautete: Nicht das Kuratorium, sondern der Leiter der Fortbildungsschule hat bei Schulversäumnissen den Strafantrag zu stellen.

— (Förderung des Schul- und Vereinsturnens.) Das Schul- und Vereinsturnen soll eine gegenseitige Förderung erfahren. Dazu soll, wie der Unterrichtsminister in einer Verfügung an die Provinzialschulkollegien und Bezirksregierungen hervorhebt, das „Jahrbuch der Turnkunst“ von Dr. Gasch beitragen. Wenngleich dieses Buch in erster Linie für die deutsche Turnerschaft bestimmt ist, erscheint es doch auch geeignet, dem Turnlehrer an Schulen manche Anregung zu geben.

— (Kinderfeste.) Bei uns sind die Kinderfeste in auffälliger Abnahme begriffen. Daran trägt in erster Linie die ganze Verantwortung der Lehrpersonen für unausbleibliche Unfälle die

Schuld. Dazu kommt das sehr geringe Entgegenkommen seitens der Gemeinde- und Bergverwaltungen, die eine Unterstützung der Veranstalter zumeist ablehnen. Es werden jetzt in Oberschlesien fast überall nur noch Klassenausflüge während des Unterrichts unternommen.

— [Zurückzahlung der Teuerungszulagen. — Förderung der Volksunterhaltungsabende. — Entschädigung für Teilnahme an den Bezirkskonferenzen.] Laut Entscheidung der Oppelner Regierung sollen die Teuerungszulagen der Lehrer und Lehrerinnen erst nach erfolgter Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes an die Kommunen zurückgezahlt werden. Diese Bestimmung hat die Regierung auf Grund von Beschwerden seitens der Lehrerschaft getroffen, weil mehrere oberschlesische Gemeinden die Zurückerstattung der Teuerungszulagen bereits gefordert haben. — Zur Förderung der Eltern- und Volksunterhaltungsabende in Oberschlesien sind den Landräten seitens der Regierung für diesen Winter namhafte Beträge überwiesen worden, so daß für den einzelnen Abend 30—40 *M* als Beihilfe gewährt werden können. — Den Lehrern und Lehrerinnen wurden in diesem Jahre bereits bei der letzten Bezirkskonferenz die Reiseentschädigung durch die Kreisschulinspektoren ausgezahlt.

Ratibor. Eine eigenartige Auslegung hat die Ferienordnung bei Festsetzung der diesjährigen Herbstferien für die hiesigen Volksschulen erfahren. Sommer- und Herbstferien sollen zusammen eine Dauer von 42 Tagen haben. Da nun auf die Sommerferien 34 Tage kamen, blieben für die Herbstferien noch 8 Tage. Diese 8 Ferientage sind nun so gelegt worden, daß der erste Tag auf Sonntag, den 4. Oktober, und der letzte, 8. Tag, auf Sonntag, den 11. Oktober, fällt. (So kann unmöglich die ministerielle Anordnung ausgelegt und ausgeführt werden. D. Red.)

Schreiberhau. [Deutsches Lehrerheim.] Die Geschäftsführende Kommission hat vom Bossedenkmal in Schreiberhau eine Ansichtskarte herstellen lassen, die in guter Ausführung ein getreues Bild des Denkmals und seiner stimmungsvollen Umgebung bietet. Den Teilnehmern an der Enthüllungsfeier dürfte sie als eine hübsche Erinnerung an den 5. Juli 1908 willkommen sein; doch ist sie sicher aber auch für jene von Interesse, die noch nicht Gelegenheit hatten, das Denkmal, das Preußens Lehrer ihrem Bosse errichteten, in Augenschein zu nehmen. Die Vereine und Pflögschaften werden gebeten, durch recht zahlreiche Bestellungen (1 Stück 5 *ℳ*) den Vertrieb zu unterstützen. Der Erlös soll dem Freistellenfonds zufließen. Bestellungen sind an Lehrer Lenich-Hirschberg erbeten.

Amtliches.

[Bestätigt] d. Berufungsurk. f. d. L. Heinrich Buchal in Kamnig, Kr. Grottkau, f. d. L. Paul Habel in Friedewalde, Kr. Grottkau, f. d. L. Josef Scholz in Gwosdzian, Kr. Lublinitz, f. d. L. Gustav Abrahamczyk in Poln.-Krawarn, Kr. Ratibor, f. d. L. Isidor Adamietz in Markowitz, Kr. Ratibor, f. d. L. Karl Zacher in Czernitz, Kr. Rybnik.

[Verliehen] der Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern dem Hauptl. Karl Müller in Falkenau, Kr. Grottkau.

Vereins-Nachrichten.

Deutscher Lehrerverein.

Berlin, im September 1908.

Rechtsschutz-Angelegenheit.

An die Herren Vorsitzenden unserer sämtlichen Kreis- und Ortsvereine.

Aus dem Bericht, den der geschäftsführende Ausschuß der Vertreterversammlung in Dortmund erstattet hat, ist ersichtlich, daß die Rechtsschutzkasse bisher rund 90 000 *M* für Gerichtskosten ausgegeben hat; das laufende Geschäftsjahr wird etwa 10 000 *M* erfordern.

Strafprozesse sind leider nicht immer zu vermeiden, aber es würden unserer Kasse oft erhebliche Ausgaben und vielen Kollegen trübe Stunden erspart bleiben, wenn man allgemein über die in Betracht kommenden Verhältnisse etwas besser orientiert wäre, als es in der Regel der Fall ist. Daher beschäftigte sich die Versammlung von Vertretern der Rechtsschutzkommission in Dortmund mit der Frage, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Das Sitzungsprotokoll sagt über diese Beratung:

Um eine größere Bekanntschaft des Rechtsschutzes und seiner großen Vorteile zu erzielen, wurde u. a. angeregt, in den Einzelvereinen von Zeit zu Zeit Vorträge über den Rechtsschutz halten zu lassen und die Anschaffung der beiden wertvollen Bücher von Müller, „Lehrer und Strafgesetz“ und „Das preußische Disziplinar-gesetz“ (Verlag von A. Anton & Co., Berlin W. 30) allen Einzelvereinen zu empfehlen.

Die unterzeichnete Kommission bittet die Herren Vorsitzenden um Berücksichtigung dieses Vorschlages. Reiches Material über Züchtigungsrecht, Beleidigungen im Amte, Kompetenzkonflikt usw., sowie über Disziplinarprozesse findet sich in den beiden angeführten Schriften, die auf Grund 20jähriger Erfahrungen der Rechtsschutz-

kommission des Deutschen Lehrervereins bearbeitet worden sind und die daher auch dem kleinsten Vereine Dienste leisten werden.

Die Rechtsschutzkommission des Deutschen Lehrervereins.

F. A. Müller. G. Röhl. Päßler. Blauert. Rosin.

Am 11. September starb der Vorsitzende des Posener Provinziallehrervereins

Herr Rektor Adolf Driesner

nach langem, schwerem Leiden im 56. Jahre seines Lebens. Mit ihm ist ein tapferer, treuer Mann dahingegangen, und der Deutsche Lehrerverein trauert mit den Mitgliedern des Posener Provinzialvereins um den teuren Toten.

Schon frühzeitig brachte ihn sein starkes Gefühl für alles, was der Schule und dem Stande zu Nutzen und Ehre gereicht, in das Vereinsgetriebe. 1880 wählte ihn die Vertreterversammlung zum Schriftführer des Provinzialvereins, 1893 wurde er Vorsitzender und hat dies Amt seitdem ununterbrochen geführt und damit dem Gesamtvorstande des Deutschen Lehrervereins angehört. Von 1888 bis 1898 war er Vorsitzender des Ortsvereins Posen, der ihn nach seinem Rücktritt von diesem Amte zum Ehrenmitglied ernannte.

Dem Verstorbenen war eine sichere, kraftvolle Art des Auftretens gegeben, die ihn zum Führer eines großen Vereins wie selten einen Mann geeignet machte. Ein klarer, durchdringender Verstand, die Gabe packender, fortreisender Rede, die dabei niemals sorgsame Überlegung vermissen ließ, ein reiner, freier Sinn, der allem Kleinlichen und Selbstsüchtigen abhold war und immer die großen Ziele unseres Standes und das Wohl der Gesamtheit erkannte und erstrebte, und dazu ein weiches, warmes Herz, das er denen erschloß, die er als echt erprobt hatte: das waren die großen Schätze, die er treulich verwaltet und aus denen er zum Segen der ostmärkischen Schule und ihrer Lehrer reichlich gespendet hat.

Sein Name steht auf der Ehrentafel unseres Standes als der besten einer; allen, die mit ihm zusammenarbeiten durften, wird er unvergänglich sein.

Der Geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Lehrervereins.

Röhl.

Preußischer Lehrerverein.

Der Preußische Lehrerverein hat einen herben Verlust erlitten. Am 11. September ist Herr

Rektor Adolf Driesner in Posen,

der langjährige Vorsitzende des Posener Provinziallehrerverbandes und Vertreter desselben im Vorstand des Preußischen Lehrervereins, zur ewigen Ruhe eingegangen.

Jahrzehntelang war er der getreue Eckart der Volksschule und des Lehrerstandes in den Ostmarken, der kraftvolle Führer, zu dem jedes Vereinsmitglied mit Liebe, Dankbarkeit und Stolz aufblickte. Seine markige Persönlichkeit, sein scharfer Verstand, sein reiches Wissen, seine durch nichts zu beirrende Offenheit und Fähigkeit in allem, was er für recht erkannt hatte, machten ihn zu dem hohen Ehrenamte, zu dem ihn die Lehrerschaft der Provinz immer und immer wieder in voller Einmütigkeit berief und das er 15 Jahre lang bekleidete, in ganz hervorragendem Maße befähigt. Aber auch der gesamte Preußische Lehrerverein empfindet sein Hinscheiden als einen tiefschmerzlichen Verlust. Wie oft nahm er in unsern Vorstandssitzungen das Wort, um aus der Fülle reicher, abgeklärter Erfahrung heraus mitzuraten und mitzutaten für des Standes Wohl und der Schule Gedeihen! Die Energie, die ihn beseelte, die Hingebung, ja Begeisterung für alle wichtigeren Schul- und Standesfragen, die kurze und bündige, aber allzeit treffende Art und Weise seiner Beweisführung — sie waren uns allen nicht nur Anregung, sondern leuchtendes Vorbild.

Nun hat ihn der Tod in der Vollkraft der Jahre dahingerafft. Sein Leib ruht in kühler Gruft; möge sein Geist allezeit weiter leben in der preußischen Lehrerschaft, anregend, stärkend, Nachfolger erweckend, die das Werk vollenden helfen, dem er seine beste Lebenskraft gespendet!

Der Geschäftsführende Ausschuß des Preußischen Lehrervereins.

Reißmann.

Schlesischer Lehrerverein.

Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

am 26. September 1908.

1. Der Vorsitzende wird ermächtigt, dem Vorstände des Posener Provinzial-Lehrervereins ans Anlaß des Hinscheidens seines verdienstvollen, langjährigen Vorsitzenden, Rektor Driesner, das Beileid des G. A. auszusprechen.

2. Der Vorsitzende hat infolge Amtsniederlegung des bisherigen Kassierers in Gemeinschaft mit Kollegen Haenisch die Kassenbücher und die Kasse einer eingehenden Revision unterzogen und alles in musterhafter Ordnung gefunden. Die Kassengeschäfte hat nunmehr Kollege Fritz Haenisch, VII, Höfchenstraße 106, übernommen.

3. Im Auftrage der Gauversammlung der Lehrervereine des Kreises Waldenburg sendet der Vorsitzende des Lehrervereins Salzbrunn ein Schreiben, in welchem der G. A. ersucht wird, bei der Königlichen Regierung vorstellig zu werden, daß die Entschädigung für Überstunden anderweitig geregelt werde. Es wird beschlossen, diesen Antrag dem Geschäftsführenden Ausschusse des Preussischen Lehrervereins behufs Berücksichtigung beim V. Preussischen Lehrertage zu überweisen.

4. Von den Zweigvereinen Kreibau, Görlitz-Land, Mörchelwitz-Zobten und Bunzlau-Land sind dem G. A., wie auch der Redaktion der „Schles. Schulzeitung“ Resolutionen zugegangen, in welchen „die volle Zustimmung zu den Beschlüssen der Unterrichtskommission (Antrag Arendt)“ ausgesprochen wird.

Der G. A., dem wohl bekannt ist, auf welche Quelle diese Resolutionen zurückzuführen sind, erklärt hierdurch ausdrücklich, daß die in denselben zutage tretenden Bestrebungen, eine grundsätzliche Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land ohne Rücksicht auf die Höhe der Gehälter zu erreichen, den Beschlüssen des IV. Preussischen Lehrertages, wie auch der I. Vertreterversammlung zuwiderlaufen, welche die Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land **mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung** fordern.

Mit Rücksicht auf die unbedingt notwendige Geschlossenheit unserer Organisation müssen wir von allen unseren Zweigvereinen fordern, daß sie die erwähnten Beschlüsse des Landesverbandes respektieren. Auch bitten wir dringend, bis zum Erscheinen des Gesetzentwurfes eine abwartende Stellung einzunehmen.

Der Geschäftsführende Ausschuß des Schlesischen Lehrervereins spricht aus diesem Grunde dem Redakteur der „Schles. Schulzeitung“ für die Nichtaufnahme derartiger Kundgebungen sein volles Einverständnis und seine Anerkennung aus.

5. Der Zweigverein Kreibau fordert außerdem Vereine, die denselben Standpunkt vertreten, auf, „Zustimmungserklärungen an seinen Vorsitzenden zu senden, zwecks Übermittlung der Resolutionen an Abgeordnete und an die Unterrichtskommission noch vor Beginn der Verhandlungen“. Hierzu erklärt der Geschäftsführende Ausschuß, daß dieser Schritt des Vereins Kreibau aller Vereinsdisziplin widerspricht und den Interessen des Verbandes zuwider ist. (§ 7 der Satzungen.) Sollte der genannte Verein weiter in diesem Sinne handeln, so würde der G. A. sich gezwungen sehen, gegen ihn ernste Maßnahmen zu treffen. Dem L. V. Kreibau ist davon schriftlich Kenntnis zu geben.

6. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, in der nächsten Nummer der „Schlesischen Schulzeitung“ seine Stellung zu der vorstehenden Angelegenheit in einem besonderen Artikel zu beleuchten.

7. Es folgen noch verschiedene geschäftliche Angelegenheiten und ein Rechtsschutzfall.

Universitäts-Kursus.

Bis jetzt haben sich 90 Teilnehmer gemeldet. Davon sind 70 für den mikroskopischen Kursus notiert. Da dieser Kursus 3 mal 30 Teilnehmer aufnehmen kann, so ist es noch möglich,

eine Anzahl von Meldungen für den Kursus des Herrn Prof. Pax anzunehmen. Die Ausgabe der Teilnehmerkarten erfolgt nicht Gartenstraße 57, sondern **Gartenstraße 43 ptr.** (neben Konzerthaus). Ein Plakat wird die betr. Stelle kenntlich machen. Es kann auch jeder seine Karten abends bei der Begrüßung erhalten. Zur Vereinfachung der geschäftlichen Angelegenheiten werden die Herren Teilnehmer hiermit ersucht, einen Zettel, enthaltend die Personalien des Teilnehmers (Vor- und Zuname, Stand, Wohnort und Kreis) bei der persönlichen Meldung bereit zu halten.

Joseph Schink.

Gesangverein Breslauer Lehrer. Nächste Probe Donnerstag den 1. Oktober abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Sonntag den 4. Oktober nachm. 3 Uhr Trauung des Kollegen Petrelli in der Bernharden-Kirche; Donnerstag den 8. Oktober nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr Trauung des Kollegen Siegmund in der Erlöser-Kirche.

Breslau. [Geselliger Lehrerverein.] Sonnabend den 3. Oktober nachm. 3 Uhr gesellige Zusammenkunft in Kühns Etablissement in Krietern. Gäste sind herzlich willkommen.

Breslau. [Literarische Abteilung.] Am 2. und 9. Oktober bleibt das Lesezimmer der Ferien halber geschlossen. Nächster Leseabend Freitag den 16. Oktober.

Pestalozzi-Verein für die Provinz Schlesien, e. V.

Zur Verteilung einer Anzahl Stipendien an Lehrerwaisen stehen uns 1100 \mathcal{M} zur Verfügung. Mit dieser Summe sollen bedürftige Söhne und Töchter verstorbener Lehrer bei der Ausbildung für einen Beruf unterstützt werden. Es können daher nur solche Lehrerwaisen Stipendien erhalten, die über 14 Jahre alt sind. Die Waisen haben die Gesuche selbst anzufertigen und zu unterzeichnen. Es ist anzugeben, welchem Zweigvereine der Vater als ordentliches Mitglied angehört hat. Jedem Gesuche müssen Zeugnisse über Würdigkeit und Bedürftigkeit beiliegen.

Als Stipendien kann auch ein Teil der Erträge aus dem **Waisenfonds** verwendet werden. Der andere Teil der Zinsen dieses Fonds ist an solche Lehrerwaisen zu verteilen, die das Alter von 14 Jahren noch nicht erreicht haben.

Vor Weihnachten werden ferner die Erträge aus dem Jubiläumsfonds, aus der Otto A. Hesse-Stiftung und aus dem Kinderhort Auguste-Viktoria-Stiftung verteilt.

Aus dem **Jubiläumsfonds** können in erster Reihe bedürftige Lehrer-töchter und weiterhin auch bedürftige Mütter und Schwestern unverheiratet gestorbener Mitglieder, wenn diese Hinterbliebenen dem Sohne oder Bruder den Haushalt geführt haben, Unterstützungen erhalten. In den Gesuchen dürfen folgende Angaben nicht fehlen: 1. der Bittstellerin Geburtsjahr, Stand oder Beruf, 2. des Vaters, Sohnes oder Bruders Vor- und Zuname, Ort und Kreis der letzten Anstellung, Todesjahr.

Nach den Bestimmungen des Stifters sollen aus der **Otto A. Hesse-Stiftung** kranke und bedürftige Angehörige des Lehrerstandes Unterstützungen erhalten. Erblindete und mit Erblindung bedrohte sind zu bevorzugen.

Zweck des **Kinderhorts Auguste-Viktoria-Stiftung** ist die Unterstützung solcher bedürftiger und kranker Lehrerkinder, die aus den andern Mitteln des Pestalozzi-Vereins satzungsgemäß nicht unterstützt werden können. Unterstützt werden nur Minderjährige und zwar ausschließlich solche, deren Versorger in Schlesien amtieren oder bis zu ihrem Abgange vom Lehramte in Schlesien amtiert haben. Die Auszahlung der Unterstützungen aus dem Kinderhort erfolgt alljährlich am 27. Februar.

Begründete Gesuche um Stipendien sowie um Unterstützungen aus dem Waisenfonds, aus dem Jubiläumsfonds, aus der Otto A. Hesse-Stiftung und aus dem Kinderhort sind bis zum **1. November** einzureichen. Jedes **Gesuch** muß dem **Vorstande des heimatlichen Zweigvereins** übergeben werden, der es dann an den mitunterzeichneten Vorsitzenden des Hauptvereins, **Lehrer Gensel** in Liegnitz, Hagstraße 15, weiterbefördert.

Liegnitz, den 25. September 1908.

Der Vorstand des Pestalozzi-Vereins für die Provinz Schlesien, e. V.
Gensel. Schorsch. Höhn. Berndt. Jakob.

Alle ordentlichen Mitglieder, denen der Beitrag für 1908 noch nicht abgefordert worden ist, bitten wir, ihn recht bald an den Kassierer ihres Zweigvereins einzusenden. Als äußersten Termin für die Zahlung des Jahresbeitrages bestimmt die Satzung den 15. Oktober. Kollegen, die bis zu diesem Tage nicht gezahlt haben, können in die Liste der ordentlichen Mitglieder nicht aufgenommen werden. Sie gehen dadurch der Mitgliedschaft und der mit ihr verbundenen Rechte verlustig.

Liegnitz.

Der Hauptvorstand.

Der 2. Jahrgang des Kalenders „Natur und Kunst“ ist soweit fertiggestellt, daß er im Monat Oktober zum Versand kommen wird. Wir bitten die Herren Abonnentensammler, auch diesmal die Verteilung der Kalender an die einzelnen Besteller vorzunehmen und die Beträge dafür einzuziehen.

Der Preis beträgt 2 M. Im vorigen Jahre war für die Hauptkasse durch Portoauslagen usw. ein Fehlbetrag von ca. 150 M. entstanden, so daß wir dieses Jahr genötigt sind, den Gewinn pro Kalender um 5 Pf. herabzusetzen. Es sind also für jedes bestellte Exemplar 0,75 M. an den vom Besteller bezeichneten Zweigverein zu zahlen und der Rest von 1,25 M. an den Unterzeichneten abtragfrei einzusenden. Da die Rechnung der Verlagsbuchhandlung bis 1. Dezember beglichen werden muß, bitten wir, die Zahlungen bis spätestens 20. November einzusenden.

Ein kleiner Posten Kalender wird von uns vorrätig gehalten, um etwaige Nachbestellungen schnell erledigen zu können. Diese müssen aber bis spätestens 1. Dezember an die Adresse des Unterzeichneten gerichtet werden, da alle nicht verkauften Exemplare an diesem Termine an den Verlag zurückgesandt werden. Bei Bestellungen nach dem 1. Dezember verringert sich der Gewinn durch erhöhtes Porto der Einzelsendungen und höheren Verkaufspreis ganz bedeutend.

Der Hauptvorstand. I. A.: Max Berndt, Nikolaistr. 10.

Rezension.

Der Türmer. Monatsschrift für Gemüt und Geist. Herausgeber: F. E. Freiherr von Grotthuß. Vierteljährlich (3 Hefte) 4 M. Stuttgart, Greiner & Pfeiffer.

Die von uns schon oftmals mit besten Empfehlungen genannte Zeitschrift beginnt am 1. Oktober d. J. ihren 11. Jahrgang. Wir weisen erneut empfehlend auf den „Türmer“ hin. Probehefte stehen auf Verlangen vom Verlage gern franko zur Verfügung.

Vakanzen.

Kl.-Silsterwitz, Kr. Schweidnitz. Kath. Lehrerstelle bald zu besetzen. Meldungen binnen 2 Wochen an den Kreisschulinspektor in Schweidnitz.

Jeltsch, Kr. Ohlau. 1. ev. Lehrerstelle bald zu besetzen. Meldungen binnen 2 Wochen an den Kreisschulinspektor in Ohlau.

Nieder-Wüstegiersdorf, Kr. Waldenburg. Ev. Lehrerstelle zum 1. Oktober d. J. zu besetzen. Meldungen binnen 2 Wochen an den Kreisschulinspektor in Waldenburg II.

Briefkasten.

Adj. hier. Ein bißchen spät, mußte aber durchaus erledigt werden. Nun fehlt noch der 25. September. Gruß an beide. —

Germ. Auf diesem Wege nur konnte die Sache im letzten Augenblick noch untergebracht werden. — J. R. Moralisiert zu sehr am eignen Stande herum: könnte falsch aufgefaßt werden. Lassen wir's lieber. — H. Sch. in P. Wir hatten ja damals geantwortet, daß ein Artikel über die minist. Weisungen in unserer Schulzeitung noch nicht erschienen ist. Auch in einer andern Schulzeitung haben wir eine Bearbeitung bisher nicht gefunden. Unsers Wissens sind auch Broschüren noch ausgeblieben, die doch sonst wie Pilze aus der Erde schießen. Demnächst bringen wir eine Arbeit, die sich aber nur auf hiesige Verhältnisse bezieht. — O. K. hier. Noch nichts eingegangen. Wir werden wohl stark ins Gedränge geraten. — P. in Z. Nun gut; wir können aber nicht garantieren, ob Sie nicht immer noch etwas warten müssen. In bewegten Zeiten geht das bei einem Wochenblatt nicht anders. — S. in N. Glückliche Hannoveraner! Gruß! — St. in N. J. Sie werden uns doch nicht zumuten, einen solchen Artikel zu veröffentlichen! Der Haß ist ohnedies groß genug. — St. in Sch. Haben jetzt kaum Zeit, uns solche doch weiter abliegenden Dinge genauer zurechtzulegen. Nächstens. — Arnsdorf. Freundliches Gedenken hat uns wohlgetan. Allen Gebirgs Männern herzlichen Dank! — Schweidnitz. Desgleichen allen guten Wettergeistern! — Meister P. K. hier. Erst zwei Nummern gelesen. Stecken jetzt mitten im Getümmel, ohne literarische Muße. Noch ein klein wenig Geduld. — O. in R. Möchten Ihnen auch gelegentlich anerkennend die Hand drücken. — H. in St. Zu dieser Maßnahme bedarf es keiner besonderen Verfügung. Ist die Pause auf 15 Minuten festgesetzt, so hat der Unterrichts 15 Minuten nach Beginn der Pause wieder einzusetzen. Wo kann denn dabei von einer Kürzung die Rede sein? Zu erwägen wäre nur, ob die Umstände (weiter Weg in den Hof) eine Verlängerung der Pause auf 20 Minuten erfordern oder wünschenswert machen. Diesem Verlangen könnte unter Kürzung der sonstigen Pausen Rechnung getragen werden. — „H. in D.“ 1. Sie können die Beihilfe mit Recht beanspruchen. Weigert sich die Gemeinde, so führen Sie Beschwerde bei der Regierung. 2. Dringen Sie darauf, daß die „Anfuhr“ abgelöst wird. Wenden Sie sich event. an das Landratsamt. Auf einem anderen Wege werden Sie nichts ausrichten. — Rosalie. Die schmackhafte Zustimmung wird die gewünschte Wirkung nicht verfehlen.

G. Henneberg, Zürich

Direkte Bezugsquelle von Seidenstoffen jeder Art.

Schon verzollt! — Verlangen Sie Muster!

Kindergarten-Verein, Breslau, Vorwerksstr. 14a.

Zu Michaeli beginnen neue Kurse: [415c

1. **Kindergärtnerinnen-Seminar** (einjährig),
2. **Kinderpflegerinnen-Bildungs-Anstalt** (halbjährig).

Prospekte, Auskunft, Anmeldungen, Pensionsnachweis, Stellenvermittlung: Inspektion des Vereins, Vorwerkstraße 14a.

Schülerinnen früherer Kurse für Stellungen gesucht.

Akademie für Sprech- und Gesangskunst

Direktor Theodor Paul.

Verfasser des im Verh. v. Jul. Hainauer erschienenen Werkes: „Syst. Sprech- u. Gesangsfonb.“ Breslau V, Gartenstr. 46. — Während der Hochsaison in Bad Salzbrunn i/Schl.

Spezialstimmstudien-Kurse für Stimmkranke,

sowie besonders für Geistliche, Lehrer, Lehrerinnen, Offiziere, Juristen etc.

Schriftliche Anmeldung jederzeit, Sprechzeit 1 Uhr.

Den Herren Gesangvereins-Dirigenten

empfehle mein grosses Spezialgeschäft jeglicher Chorliteratur:

Männer-, Frauen-, Kirchen-, Schul- und gemischte Chöre.

Humoristika jeder Art. Neueste Schlager!

Auswahlsendungen bereitwilligst und franko.

Julius Thie, Musikalien- = Größtes Spezialgeschäft

Berlin-Schöneberg, Kaiser Friedrichstr. 9.

Hoffmann-Pianos

Mehrf. prämiert. Fabrik. — 20 J. Garant.

Georg Hoffmann, Hof-Pianofabrik

Berlin 74 nur Leipzigerstr. 50

Den Herren Lehrern bedeut. Preiser-

mäßigung sow. Zahlungserleichterung.

Für Zuweisung von Käufern zahle hohe

Provision!

Pianinos

von den ersten musikalischen Autoritäten wie Liszt, v. Bülow, d'Albert, Rosenthal, Dreyschock u. A. als erstklassiges preiswertes Fabrikat warm empfohlen.

Illustrierte Preisliste kostenlos.

G. Wolkenhauer

STETTIN 9.

Ehrenmitglied der Pestalozzivereine der Provinzen Pommern und Posen

Pianoforte-Fabrik

— Hoflieferant — [338 H

Hilfsskasse des Vereins kath. Lehrer in Königshütte O/S. gewährt Darlehen u. verzinst Spareinlagen bis 4 $\frac{1}{2}$ %. Auskunft erteilt der Vorstand.

Brockhaus-

Lexikon, Klassiker-Bibliothek, sämtl. pädagog. Werke, liefere franko ohne Anzahlung

gegen kleine Monatsraten

Kataloge und Prospekte gratis und franko.

F. Börner, Breslau,

Hummerei 25, am Christophoriplatz.

Sprechstunden 4—5 Uhr.

Zuvert. gründl. Vorbereitung a. **Examen.**

Einj. Freiw., Abitur., Präparanden-, Seminaristen-, Lehrerinnen-, Mittelschulchr.-Exam. sowie sämtl. Subalternbeamtenprüf., fern Aufnahme in d. Tertia, Sekunda, Prima allerhöch. Lehranstalt. Abschlussprüf. an höh. Mädchensch., Handelssch. usw. durch 30 versch. Selbstunterrichtsw. Meth. Rustin. Glänz. Erfolge. Prop. u. Anerkennungsschr. über jed. Werk gratis u. fr. — Ansichtssend. bereitw. Rustinsches Lehrinst. Potsdam M.4.

Die glückliche Geburt eines munteren Jungen zeigen hocherfreut an

Oppeln, den 28. September 1908
H. Vieweger und Frau.

Die schwere, aber glückliche Geburt eines munteren, kräftigen Mädchens zeigen hocherfreut an
Cunnersdorf, den 24. Septbr. 1908
Riesengebirge

Paul Schirmer
und Frau Martha geb. Blum.
(Liegnitz 1898—1901, 1903.)

Heute früh 6 $\frac{1}{2}$ Uhr entschlief sanft ganz unerwartet infolge eines Schlaganfalles, versehen mit den Gnadenmitteln unserer hl. Kirche, mein inniggeliebter, herzensguter Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der städt. Volksschul-Rektor

Ernst Nolte

im 51. Lebensjahre.

Dies zeigen zugleich im Namen aller Hinterbliebenen schmerz erfüllt an

Breslau, den 25. September 1908

Anna Nolte geb. Donat.
Herbert Nolte, cand. phil.
Georg Nolte. [436]

Am 25. September starb plötzlich der Leiter unserer Schule,

Herr Rektor
Ernst Nolte.

Rasch ward seinem rüstigen Schaffen und Wirken ein Ziel gesetzt. Wir beklagen mit tiefem Schmerz den Verlust des hochgeschätzten, aufrichtig geliebten Vorgesetzten, des tüchtigen, umsichtigen, nimmermüden Schulmannes, des wohlwollenden, warmherzigen Kinder- und Menschenfreundes. In Dankbarkeit und Treue werden wir seiner gedenken immerdar.

Das Kollegium
der kathol. Volksschule XXXII.

Heute wurde mein teurer Freund

Herr Rektor
Ernst Nolte

in Breslau einem arbeits- und erfolgreichen Leben durch einen jähen Tod entrissen. Sein Ableben beraubt alle, die ihn näher kannten, eines Mannes, dessen mildes, abgeklärtes Urteil auf allen Gebieten, die sein vielseitiges Interesse erregten, ebenso wie die heitere Freundlichkeit seines Wessens für ihn einnahmen.

Breslau, den 25. September 1908.
Theodor Fuhrmann.

Am 27. September cr. starb unerwartet im Alter von fast 73 Jahren mein lieber Gatte, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der emer. Kantor

Theodor Krause

zu Wirschowitz.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen.

Am 23. September entschlief plötzlich und unerwartet mein geliebter Vater, der Lehrer em.

Herr Hermann Staake

im 71. Lebensjahre.

Dies zeigt schmerz erfüllt an
Breslau, 28. September 1908
Arthur Staake.

Am 23. September starb unerwartet zu Bertelsdorf bei Lauban der emer. Lehrer

Herr Hermann Staake

im Alter von 70 Jahren.

Er war seit 1861 bis zu seiner Pensionierung 1901 Lehrer an der Volksschule zu Schmiedeberg i/R. Mit seltener Aufopferung und Treue hat der Verstorbene am hiesigen Orte gewirkt und durch seinen biedern Charakter sich die Achtung und Liebe seiner Mitbürger, insbesondere seiner Amtsgenossen erworben.

Als hochgeschätzten Mitarbeiter unsers Vereins, dessen Vorsitz er einige Jahre geführt und dem er zuletzt als Ehrenmitglied angehört hat, werden wir stets in Treue und Liebe des teuren Entschlafenen gedenken.

Der Schmiedeberger
Lehrerverein.

Am 21. d. M. verschied in der Heil- und Pflgeanstalt zu Leubus nach zehnjährigen, qualvollen Leiden unser herzensguter Gatte und Vater, der emerit. Lehrer

Karl Kretschmer

(ehedem in Tscheschkowitz b. Herrstadt amtierend) und wurde heute auf dem hiesigen Simultan-Friedhofe zur ewigen Ruhe gebettet.

Dies zeigen seinen Kursusgenossen (Steinau 1875—78) und andern früheren Freunden schmerz erfüllt an

Liegnitz, den 25. September 1908
Viktoriastr. 16.

Anna Kretschmer geb. Pohl.
Max und Luise Kretschmer.



Für die überaus wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres teuren, unvergesslichen Gatten und Vaters, des Realschullehrers a. D.

Paul Müller,

sowie für die herrlichen Blumen-spenden und den ergreifenden Gesang in der Halle und am Grabe sagen wir allen unseren innigsten Dank.

Breslau, den 28. September 1908

Anna Müller geb. Lötviock
nebst Töchtern.

Tauschgesuch.

Kath. Lehrer in ein. gr. Industrieorte, in der Nähe 2 gr. Städte m. höheren Schulen, leicht m. d. Straßenbahn zu erreich., w. bes. Umst. halb. zu tauschen m. ein. 1. Lehrer im Kr. Lublinitz od. Rosenberg, anderw. Kr. jedoch nicht ausgeschl. Gehalt 1300, 200, 400 M. Gel. z. Ert. v. Privatst. vorh. Offert. a. d. Exp. d. Ztg. unter M. W. 31. [456a/b]

In unserem Verlage ist erschienen:

W. Maetschke

Die Bedeutung, Einrichtung und Führung von Schülercharakteristiken (Personalbogen)

40 S.

Hierzu ein

Personalbogen, Listen zur Charakterisierung der Schüler nach Leistungen, Betragen, Herkunft, Gesundheit und Notizen über sein sonstiges Verhalten.

Einzel 10 S., 50 Stück 2,50 M.
Größere Posten nach Vereinbarung.

Mit den Maetschkeschen Personalbogen ist ein ausgezeichnetes Hilfsmittel geschaffen, das dem Lehrer bei der Erziehung und Beurteilung der Schüler und bei allen späteren Auskunfterteilungen ausgezeichnete Dienste leisten muß.

Breslau

Priebatsch's Buchhandlung,
Lehrmittel-Institut

Max Bocksch, Breslau,

Pianoforte- und Harmonium-Magazin,
Gartenstrasse 57, I., Ecke Schweidnitzerstrasse

Fernsprecher 7147. neben Liebichs Varieté. Fernsprecher 7147.

Allein-

Vertretung der

Hof-Pianoforte-

Fabriken

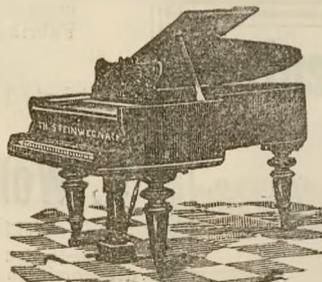
von

Steinweg Nefh.

Paul Werner.

Dörner.

C. Goetze.



Vertreter d. Hof-

piano-Fabriken

Schiedmayer & S.

Feurich.

Vertretung von

Maetzke.

Hoffmann

& Kühne.

Harmoniums von

Mannborg u. a.

Kunst-Klavierspiel-Apparate.

Lieferant des Schlesischen Lehrervereins.

Gebrauchte Instrumente stets vorrätig.

Alte Instrumente werden in Zahlung genommen.

Sichere Garantie! Mäßige Preise! Stimmen und Reparaturen!

Eigene Reparaturwerkstatt. [439]

Esperanto (Internationale Hilfssprache).

Der nächste Unterrichtskursus beginnt Mittwoch, den 7. Oktober 1908, abends 8 $\frac{1}{4}$ Uhr, im Maria-Magdalenen-Gymnasium, Zimmer No. 6. Der Kursus findet jeden Mittwoch statt und umfaßt 12 Stunden. Teilnehmer-Karten à 5 M., Lehrbücher à 1,20 M.

Zu diesem Kursus, der von der „Esperantisten-Gruppe Breslau“ angeregt worden ist, und zu dessen Leitung ich von unserer Gruppe den ehrenvollen Auftrag erhalten habe, lade ich die Herren Kollegen aus Breslau und Umgegend hierdurch ergebenst ein.

Fritz Dorn-Schmolz.

Emmer-
Pianos
und Harmoniums.
20jähr. Garantie, franco zur Probe; bequeme Zahlungsweise, b. Anzahl. höchster Rabatt. Katalog gratis. Firma gegründet 1870.
Berlin C., 28 Spandauerstr. 20.

Rose-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 48

PAUL KELLER

als Schriftsteller und ehemaliger Kollege in Lehrerkreisen
beifens bekannt, gibt von September ab unter dem Titel:

Der Suckkasten

eine bunt illustrierte Wochenschrift für Humor, Kunst und Leben
heraus, die aus der bekannten **lustige Woche** hervor-
humoristischen Zeitschrift, die geht.

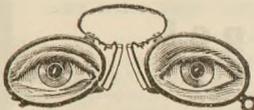
Er will damit den Freunden feiner Muße eine bodenständige, im
beiden Sinne moderne Wochenschrift bieten, die in Wort und Bild,
wie er selbst sagt, „Humor und Leid, Karrikatur und ernstes
Menschen- und Landschaftsbild, Begeisterung und Spott, das flache
Leben und die blauen Berge des Sehnachtslandes widerpiegelt“.

Unsere ersten Schriftsteller und besten Maler
werden den Herausgeber Paul Keller als Mitarbeiter unterstützen.
Moderne Lieder in künstlerischer Ausstattung,
deren Ladenpreis den Abonnementsbetrag weit übersteigen würde,
geben Gelegenheit, kostenlos einen musikalischen Hauschat zu
erwerben von nie veraltendem Wert. — Die Drucklegung der
Zeitschrift erfolgt durch eine erste Kunstanstalt Deutschlands.

Den schlesischen Lehrern

denen Paul Keller ein lieber Freund ist, wird das Blatt ein
Jungbott sein und Stunden fruchtbarer Genusses bieten.

Wer ab 1. Oktober auf den Suckkasten abonniert
erhält die vier September-Nummern kostenlos.
Abonnements Mark 3.— pro Quartal und Einzelhefte
à 25 Pfennig. Bestellungen nimmt jeder Buch- und
Zeitungshändler, die Post, sowie der Verlag selbst entgegen.



Augengläser

in allen Ausführungen
für jede Gesichtsform passend.
Auswahlsendungen bereitwilligst.

Reise - Ferngläser
in allen Preislagen.

Prismen - Feldstecher
von Zeiss, Busch und Goerz.

Barometer ♦ Thermometer.

Preisliste gratis und franko.

Fritz Kilpert, Optiker, BRESLAU I,
Ohlauerstraße 10/11.

Soeben erschienen und ist durch jede Buchhandlung
zu beziehen:

Morgenhessers Geschichte von Schlesien

Herausgegeben von
Heinrich Schubert.

Vierte, verbesserte und vermehrte Auflage.
Gr. 8°. IX und 447 Seiten, geh. 6 M., gebd. 7 M.

Nachdem dieses anerkannt vorzügliche Werk lange
vergriffen war, erscheint diese vierte Auflage, bis auf
die Jetztzeit fortgeführt und mit den Ergebnissen der
neuesten Forschungen in Einklang gebracht.

Es wird hier ein Lehrbuch geboten, das dem Lehrer
zur Vorbereitung für den Unterricht, sowie für die
Mittelschul- und Rektoratsprüfung dienen soll und für
jeden gebildeten Schlesier als anziehend geschriebenes
und zuverlässiges Lese- und Nachschlagebuch empfohlen
werden kann. [421 c/d]

Verlag von Max Woywod in Breslau.

Ältestes und größtes
— Spezialgeschäft —
viermal prämiert.

[448a/e]

Für Aufführungen zu Weihnachten und in Vereinen

wird empfohlen

Peterle

Märchendichtung in 3 Akten
von

Lehrer **Bertram** in Laubau
80 Pf.

Priebatsch's Buchhandlung
Breslau.



Schul-Violinen

mit starkem, edlen Ton, aufs
sorgfältigste gearbeitet,
nebst Bogen zu 10, 13, 15
bis 30 M u. zu höheren
Preisen. Vorzügl. Imita-
tionen nach alten
Meistern. Echt italieni-
sche u. deutsche Saiten
in vorzügl. Haltbarkeit.
Eigene Saitenspinnerei.

Preis-Katalog gratis u. franko.

Gegr. 1790.

Ernst Liebieh,
Hof-Instrumenten-Fabrikant.
Breslau, Katharinenstr. 2.

Werkstatt für Neubau
und Reparaturen. — Alte Instrumente
werden mit in Zahlung genommen.

Möbelfabrik

und größtes

Ausstellungshaus I. Ranges

für herrschaftliche und gut bürgerliche
Ausstattungs Möbel jegl. Stiles.

* Strengste, billigste Preise. *
Langjährige Garantie.
Erstklassige Arbeit.

Alleinige Lieferanten des Deutschen Lehrervereins.

Gewähren den verehrten Mitgliedern bei Bareinkäufen 5% Rabatt.

150 kompl. Musterzimmer

stehen, ohne Kaufzwang, zur Ansicht.

Nawrath & Comp., Breslau, Ecke Gartenstrasse, Teichstrasse 9,
ptr. — V. Etage

(1 Minute vom Oberschlesischen Bahnhofe).

[446]

Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft
gegründet 1836.

Den Herren Lehrern Schlesiens **einzig und allein** die Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft mit dem Schlesischen Lehrerverein und dem Pestalozzi-Verein für die Provinz Schlesien einen Vertrag abgeschlossen hat dahingehend, daß

1. den Herren Lehrern Erlaß der Policen- und Arzthonorar-Kosten gewährt wird,
2. die Gesellschaft zu Gunsten der Wilhelm-Augusta-Stiftung und der Pestalozzi-Vereinskasse aus sämtlichen Lebensversicherungen schlesischer Lehrer 4‰ (vier pro mille) der Versicherungssumme und aus sämtlichen ihr durch schlesische Lehrer aus anderen Berufskreisen zugeführten Versicherungen 1‰ (ein pro mille) der Versicherungssumme zahlt.

Mithin gewährt die **Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Vergünstigungen**, angesichts derer die Herren Lehrer bei Abschluß einer Versicherung hinsichtlich der zu wählenden Gesellschaft wohl nicht im Zweifel sein können, zumal die »alte Berlinische« auch in sonstiger Beziehung (billige Prämien, hohe Dividenden etc.) die größten Vorteile bietet.

Tüchtige Vermittler sind stets erwünscht.

Nähere Auskunft wird gern erteilt durch die Vertreter, sowie durch

die General-Agenturen

Breslau,
Ohlau - Ufer 9.
Hugo Stadie.

Görlitz,
Moltkestraße 39.
R. Schulte-Heutbaus.

PIANOS HARMONIUMS

Höchster Rabatt. Kleine Raten. Miets. Prachtkatalog B 35 gratis. Größter Umsatz. Allergünstigste Bezugsquelle. Firma 1851 gegr.
WILH. RUDOLPH, Hoflieferant, GIESSEN Obweg 52.

Die Sektion für Obst- und Gartenbau der Schlesischen Gesellschaft für vaterl. Kultur empfiehlt aus ihrem pomologischen Garten zu Klettendorf bei Breslau **Obstbäume aller Art** in durchaus zuverlässiger Ware. Bitte verlangen Sie Preisliste. Referenzen aus Lehrerkreisen.



Carl Gottlob Schuster jun.
Geigenmacherei ersten Ranges.
Markneukirchen, Sa., No. 551.
Probesendungen bereitwilligst. — Hoher Rabatt Katalog über alle Instr. umsonst.

2 gebr. eleg. Piano für 220 und 260 M. und 1 kleiner **Geldschrank** verk. **Schulz**, Breslau, Friedrich-Wilhelmstr. 30 I.

Tausende Rancher empfehlen



meinen garantiert ungeschwefelten deshalb sehr befürmtlichen und gesunden Tabak. 1 Tabak + Pfeife umsonst zu 9 Pfd. meines berühmten Förstertabak. 4,25 Pfd. 9 Pfd. Pastoren-tabak u. Pfeife kosten zus. 5 M. Pfd. 9 Pfd. Jagd-Canaster m. Pfeife M. 6,50 Pfd. holl. Canaster und Pfeife M. 7,50 Pfd. 9 Pfd. Frankfurter Canaster m. Pfeife 1 Pfd. 10 M., gegen Nachnahme bitte anzugeben, ob nebenstehende Gesundheitspfeife oder 1 reichgeschm. Holzpfeife o. eine lange Pfeife erwünscht.

E. Köller, Bruchsal (Baden). Fabrik. Weltruf.

Sobien erschien in unserm Verlage:

Fedor Sommer
Die Geschichte Schlesiens
Preis 2,25 M., eleg. geb. 3,— M.
Empfohlen von der Königl. Regierung zu Liegnitz.
Eine ausführliche, wissenschaftliche Darstellung der Geschichte Schlesiens, unentbehrlich für Studium, Vorbereitung und Unterricht.

Breslau Priebatsch's Buchhandlung

Rheinweine
eign. Kelterung, **Weißw.** 60 b. 110 Pfd. **Rotw.** 80 u. 100 Pfd. p. Ltr., in Fäss. v. 20 l ab, in Kist. mit 12, 30, 50 Flasch. Postkolli mit 4 Sorten fr. für 2,50 M.
Lehrer **Theodor Windisch**, Weingutsbes., Mommenheim, Rheinh.

Für Gartenfreunde.
10 Stück hochf. veredelte **Rosen** in 10 Sorten nur **M. 2,75**.
Gratis versende meinen Katalog über ca. 40 Sorten Rosen, Obstbäume, Koniferen, Blumenzwiebeln etc.
Rich. Lessmann, Altona, Elbe. Versandgärtnerei. [430 b/k]

Schülerbibliotheken.
Verzeichnisse kostenfrei.
Priebatsch's Buchhdlg., Breslau.

Gut möbl. **Zimmer**, bald zweifenstriges **Zimmer**, oder 1. Oktober an Lehrer oder Lehrerin zu vermieten. [426 b]
Breslau X, Lehmdamm 70 II bei **Herrmann**.

- In der heutigen Nummer liegen **4 Sonderbeilagen**:
1. aus dem Verlage von **Quelle & Meyer, Leipzig**, über Pädagogische Neuerscheinungen;
 2. von **Gebrüder Kolik, Dresden**, über Band IV des Musikalbum **Sang und Klang**;
 3. aus der **Trautweinschen Pianoforte-Fabrik, Berlin**, über ihre Pianinos und Referenzen;
 4. von der Firma **Lindemann, Magdeburg**, über verschiedene Zigarren und preiswerte Sortimentskisten.

J. Grosspietsch,

Inhaber **Robert Heckel**
Königlich Sächs. u. Herzogl. Mecklenb. Hoflieferant.
Breslau II,
Schweidnitzer Stadtgraben No. 22.
Fernsprecher 136.

Flügel, Pianinos, Harmoniums.

— Klavier-Spielapparat „**Pianóla**“ —
Alleinvertreter für Schlesien von:
Rechstein, Burger, Estey, Ibach, Kaps, Lipp & Sohn, C. J. Quandt, (nicht zu verwechseln mit einer hiesiger, ähnlichen Firma)
Thürmer.
Vertreter von:
Blüthner, Duysen, Hinkel, Hofberg, Irmeler, Karn etc. etc.
Gebrauchte Instrumente, bestens renoviert, sind stets in Auswahl vorrätig. [437]
Sichere Garantie. Billigste Preisberechnung. Kulante Zahlungsbedingungen.

Das seelen- u. gemutvoll. Instrumente.



In jedem Hause wo gute Musik gepflegt wird, sollte eine **Haus-Organ** Amerikanisches Harmonium, zu finden sein.
Herrl. Orgelton, Prächt. Ausstattung. Preis v. 78 M. an. Illustr. Kat. gratis.
Prospekte auch über den neuen Harmonium-Spiel-Apparat, mit dem jedermann ohne Notenkenntnis sofort Harmonium spielen kann. Preis mit Notenbuch 30 M.
Aloys Maier, Hoflieferant, Fulda, gegr. 1846.